

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komparatage ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 27. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Stinnes' Devisenkäufe.

Die Devisenkäufe des Stinnes-Konzerns, die fraglos zum Marksturz wesentlich beigetragen haben, da an einem einzigen der kritischen Tage allein 100 000 Pfund Sterling oder mehr als 2 Millionen Goldmark von ihm verlangt worden sind, wurden von der Presse dieses industriellen Magnaten hartnäckig dementiert.

Bekanntlich hat der „New York Herald“ in einem Interview mit einem Stinnes persönlich auf das Engste verbundenen Herrn die Bestätigung der Devisenkäufe des Konzerns erbracht.

Der Vertreter (des Stinnes-Konzerns. Red.) sagte: „Diese falschen Nachrichten sind von Zeitungen wie der „Frankfurter“ und der „B. Z. a. W.“, die die jüdischen Interessen unterstützen, und dem sozialistischen „Vorwärts“, der mit den Juden verbündet ist, fabriziert.“

Herr Stinnes ließ also durch seinen Vertreter verkünden, daß er die Devisen habe kaufen müssen.

Nachdem er so dem darbenenden Volk das Schmalz um 40 bis 50 Proz. verteuert hat, schiebt er in demselben Stil, wie er durch seinen Presseschei Human Herrn Knüppel-Kunke früher einmal seiner aufrichtigen Sympathie versichern ließ,

die „Fabrikation“ seiner Devisenkäufe den Juden zu! Das ist echt industrieller Kampfweise.

Lebrigens wird die Sache, wenn die Regierung sich ihrer nicht annehmen will, wahrscheinlich bald auf andere Weise eindeutig klargestellt werden.

Stinnes und die Ruhrspende.

Rebenamtlich bestätigt sich Stinnes auch als Agrarier. So ist er u. a. Eigentümer der „Herrschaft“ Burchow im hinterpommerschen Kreise Neustettin.

Dieser „Patriotismus“ auf Kosten anderer vereinbart sich glänzend mit dem belamten Devisengeschäft.

Die Devisenbestandsaufnahme.

Langatmige Beratungen statt energischer Taten. Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig erfährt, wird das Devisennotgesetz nicht mehr in dieser Woche veröffentlicht werden.

Es wird sich bei dem Gesetz um ein Notgesetz auf Grund des Rahmengesetzes vom 24. Februar 1923 handeln, das nicht dem Reichstag zur Bewilligung vorgelegt werden muß, sondern nur der Genehmigung des Reichsrats bedarf.

Als eine erhebliche Lücke in dem Gesetz stellt sich die Tatsache heraus, daß keine ordnungsmäßige Kontrolle stattfinden kann, wenn die Bank für sich selbst Devisengeschäfte macht.

Die Absichten der Regierung.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Nach den vorläufigen Beratungen maßgebender Regierungsstellen über ein deutsches Angebot zu schließen, dürfte die Abfertigung einer Note an sämtliche alliierten Staaten, und nicht ausschließlich an Frankreich allein, zu Beginn der kommenden Woche möglich sein.

tien zum Ausdruck bringen muß. Die Sicherheitsfrage dürfte eine Behandlung erfahren, der jeder Deutsche zustimmen kann.

Der Reichshaushalt.

10 Billionen Defizit.

Aus der Neufassung des Reichshaushaltsplanes für 1923 geht, wie Eca mittelt, hervor, daß man mit einem Aufkommen aus der Einkommensteuer von 450 Milliarden rechnet, außerdem rechnet man aus der Kohlensteuer einen Ertrag von 2½ Billionen.

Die Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Teuerung. Das Reichsarbeitsministerium hat den Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten ersucht über ein Schlüsselverfahren zur Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung.

Nachträgliches zur Curzon-Rede

Ziffernmäßiges Angebot oder nicht?

Von Rudolf Breitscheid.

Nachdem der amtliche Bericht über die Verhandlungen des House of Lords vom 20. April eingetroffen ist, empfiehlt es sich, noch einmal auf die aufsehenerregende Rede des Lord Curzon zurückzukommen, besonders da die ersten telegraphischen Uebersetzungen dieser Ausführungen vielfach ungenau und zum Teil widerspruchsvoll gewesen sind.

In zwei Punkten ist Lord Curzon völlig präzise. Er rät zu einem deutschen Angebot, das je früher um so besser abzugeben sei, und er fügt hinzu, daß er diese Mahnung fortgesetzt an die deutsche Regierung gerichtet habe.

Wie aber soll nach Curzons Meinung das deutsche Angebot aussehen? Hier gibt seine Rede keine sicheren Aufschlüsse. Der in Frage kommende Passus sei wörtlich zitiert:

„Ich kann das Widerstreben der deutschen Regierung verstehen, eine bestimmte Summe zu nennen. Vor allem, weil sie erklären mag, daß sich die Bedingungen durch die Ereignisse der letzten drei Monate so stark geändert haben, daß das, was im Januar möglich war, im April nicht länger möglich ist.“

Der englische Minister würde also begreifen, wenn Deutschland eine Fixierung der gesamten Reparationssumme ablehnte. Das ist klar. Aber mißverständlich ist sein Hinweis auf die Stellen, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands bestimmen sollen.

Wie es heißt, hat das deutsche Auswärtige Amt durch den Botschafter in London bei Lord Curzon Erkundigungen über den Sinn seiner Bemerkung einziehen lassen, und es ist in der Tat notwendig, hier klar zu sehen, da — ob nun bestimmte Ziffern genannt werden oder nicht — eine Nachprüfung der finanziellen Möglichkeiten Deutschlands notwendig werden kann und wir es, wenn irgend angängig, verhindern müssen.

Außerdem aber werden die Dinge noch weiter dadurch kompliziert, daß der englische Außenminister zum mindesten grundsätzlich an dem Zahlungsplan festhält, den Bonar Law im Januar der Pariser Konferenz unterbreitet hat.

auf 3,26 Milliarden Goldmark belaufen, wenn nicht ein Schiedsgericht es dauernd bei den 2 1/2 Milliarden bewenden ließe.

Kurz zusammengefaßt wäre also der Standpunkt Englands der: Deutschland braucht keine bestimmte Ziffer zu nennen, die Höhe seiner Zahlungen wird durch — unbekannte — „Autoritäten“ festgesetzt, die britische Regierung hält aber im allgemeinen an der Minimalsumme von 50 Milliarden fest. Das heißt nichts anderes, daß man sich in London von den Pariser Berechnungen, die sich ja ebenfalls in der letzten Zeit um 50 Milliarden bewegt haben, nicht so weit entfernt hat, wie hier und da unter dem ersten Eindruck der Curzonschen Rede angenommen wurde.

Wenn nun aber — und zwar mit Recht — die genannte Summe für unerschwinglich gehalten wird, und wenn trotzdem die Gefahr besteht, daß bei den Beratungen der „Autoritäten“ die englischen Vertreter ihre Stimme zugunsten eines Betrages abgeben, der sich den 50 Milliarden nähert, so wird es aufs neue fraglich, ob die deutsche Regierung wirklich gut daran täte, ihrerseits auf die Rennung einer festen Zahl zu verzichten. Sie gäbe sich damit weit rückhaltloser in die Hände der Alliierten, als wenn sie von vornherein erklärte: so und so viel glaube ich leisten zu können und will ich leisten. Selbst wenn dann eine Nachprüfung ihrer Offerte stattfände, würden ihre Aussichten nach aller Wahrscheinlichkeit noch immer günstiger sein, als bei einer allgemeinen Verschönerung ihrer Bereitschaft zu Reparationszahlungen. Das Kabinett sollte sich also durch die Bemerkungen Curzons über die Schwierigkeiten einer genauen Fixierung der Leistungen nicht in seiner Abneigung gegen eine ziffermäßige Festlegung bestärken lassen, zumal da ein festes Angebot eine günstige Wirkung, wenn nicht auf die französische Regierung, so doch auf die französische Bevölkerung ausüben würde. Daß im übrigen, wie man sich auch entschließen mag, kein Vorschlag, der nicht genau ausgearbeitete Garantien bietet, Aussicht auf Erfolg besitzt, hat auch der englische Minister mit genügender Deutlichkeit ausgesprochen.

Bayerisches Recht.

Gen. Blumtritt ausgeliefert. — Eckardt und Weger frei.

Die Haftbefehle des Staatsgerichtshofs gegen Dietrich Eckardt und Weger sind noch immer nicht ausgeführt. Nach einer neuesten Version soll Eckardt die Haftunfähigkeit wegen Lebererkrankung attestiert worden sein, während Weger gänzlich verschwunden ist. Zu der Nachricht des „Vorwärts“, die völkischen Sturmtruppen wollten mit Waffengewalt Eckardts Verhaftung verhindern und seien bereit, es zu einer Explosion kommen zu lassen, bemerkt man in Berlin erscheinende völkische „Deutsche Tageblatt“:

Sollte der Drahtbericht des „Vorwärts“ richtig sein, so könnte man sich nur darüber freuen, wie sich die Völkischen gegenseitig belästigen und unterdrücken.

Dietrich Eckardt und Weger erfreuen sich also weiter der Freiheit. Dafür hat der bayerische Landtag beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten Blumtritt wegen angeblichen Landesverrats dem Volksgericht auszuliefern. Der „Landesverrat“ soll dadurch begangen worden sein, daß Genosse Blumtritt in die „Oberfränkische Volkszeitung“ einen Artikel über Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen übernahm, der im „Vorwärts“ gestanden hätte!

Es scheint uns höchste Zeit, daß der Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über den Fehrenbach-Prozess auf die Tagesordnung setzt! Die öffentliche Klarlegung dieses ungeheuerlichen Falles wird beweisen, daß ein bewaffneter Selbstschutz gegen bayerische Volksgerichte viel eher am Platze wäre, als der bewaffnete Selbstschutz gegen den Staatsgerichtshof, den die Völkischen in Bayern organisiert haben und den das „Deutsche Tageblatt“ in Berlin verherrlicht.

Zwei mal zwei ist fünf.

Russk-Umschau von Kurt Singer.

Jedes Opernhaus hat seine kleine oder große Krise. Die Volksooper, die noch Kinderstube trägt, sucht eine größere Nummer und will, um Bewegungsfreiheit zu haben, bei Kroll Fuß fassen. Der Neubau von Kroll aber gehört unabänderlich der Volksbühne, die mit dem Staatsoper Spielvertrag für 1923 hat. Die Staatsoper wieder sucht für diese Doppelbelastung einen neuen würdigen Kapellmeister. Denn Blech und Streich reichen für zwei Häuser nicht aus. Es wäre aber davon zu denken, einen so hervorragenden Hochmann und Künstler wie Blech als Generalstimmus mit vollen Machtbefugnissen an das neue Theater am Königsplatz zu rufen und dann Streich unter den Linden neben einem anderen ersten Kapellmeister auszureichender zu beschäftigen. Dieser andere müßte auch die Sinfoniekonzerte leiten. Die Wahl ist sehr schwer und bitter. Wenn künstlerische Gründe allein die Wahl bestimmen, so wird man bei dem Mangel an allerersten Kandidaten, den Instanzen ihre schwere Verantwortung durch Kritik nicht noch erschweren. Nach wie vor halte ich das Probeprobieren hier für den besseren der zwei möglichen (schlechten) Wege. Inzwischen gastiert nach Kirchhoff der höchst sympathische, warmblütige Lauber aus Dresden. Er wäre der Mann dazu, die nur halbgelebte Tenorfrage ganz zu lösen. Da man an der Staatsoper zwei prächtige Mimen hat, gibt man die Rolle einer dritten, die nicht dazu taugt. Da man zwei passende Marzells besitzt, pumpt man sich einen aus Charlottenburg. Hier ist die Krise in das Stadium der Ruhe getreten. Alles Für und Gegen, das in die Presse langiert wird, hilft nicht über den Tatfehler hinweg, einen um das Theater verdienten Mann wie Hartmann in Abwesenheit wissenschaftlich zu töten. Im übrigen hält auch hier die Gastwirtschaft an, die Kapellmeisterfrage schwebt, das Haus ist gut besetzt und Klarheit kehrt einer maitra Kompanie des Lieblings Stolzenberg unentwegt zu. Krisen überall, Wirtschaft Horatio. Das Ungerade muß in die Gerobe kommen.

Der Regier wird jetzt überall in Deutschland gefeiert, weil er 50 Jahre alt geworden wäre, lebte er noch. Aber noch ist Hochachtung und Respekt nicht zur Liebe geblieben, läßlich, doch starkes Interesse blieb ohne Feuer. Ein Meister spricht zu uns, ein Meister der Arbeit, ein Künstler, der fast nie elementar und intuitiv schöpferisch, auf Umwegen zu einem lapidaren geklärten Werk gelangte. Rein gerader Weg führt aufs Ziel los, die Seele der Schöpfung heißt Kontrapunkt und Harmonie, nicht Melodie, nicht Einfall, nicht reine Musik. Eine in Partituren gehämmerte Enzyklopädie der Kunst, zu komponieren. Regier dachte in Harmonien, nicht in Orlans, und die Vielfältigkeit, ja Genialität seines orffordischen Neulands belästigt den Kopf des Hörers mehr als sie das Herz beglückt. Ausnahmen bestätigen das. Die Wieder, die uns gefallen (und Julia Hysj-Gm einer lang sie längst mit bezwingendem Ausdruck), sind nur noch halb regierlich. In seinem sinfonischen Prolog (op. 108) perct sich geradezu die pathetische Stimmung gegen den Willen, interessant zu erscheinen. Ein rubiges, ernstes Thema, ein kräftiges, energiegelabenes Gegenstück — das könnte, groß entwickelt, ein kleines sinfonisches Drama geben. Die beiden Themen

Der Numerus Clausus.

Die Unterbringung der akademischen Lehrkräfte.

Wir wiesen bereits vor kurzem darauf hin, daß die Zahl der Studienassessoren in Preußen den Bedarf um mehr als das Doppelte übersteigt, und daß sich Kultusminister Boelzig insofern genötigt sieht, unter den Anwärtern eine Auslese vorzunehmen. Er beabsichtigt dabei, das Altersprinzip nur zum Teil anzuwenden und im übrigen nach dem Eignungsprinzip zu verfahren. Dagegen haben wir eine begründete Verwahrung eingelegt. Auch in den Kreisen der Studienassessoren hat die angekündigte Maßnahme des Kultusministers lebhaften Erregung hervorgerufen. Man empfindet es in diesen Kreisen als eine Art polizeilicher Zwangsaufsicht, wenn nach zwei Prüfungen, die doch gerade über eine Eignung Rechenschaft ablegen sollen, das Damoklesschwert der Eignungsprüfung weiter über dem Haupt der Lehramtskandidaten schwebt, und beschränkt aus der Heranziehung der Direktoren und Provinzialschulkollegien zu diesem Behuf eine Einengung der Freiheit des Lehrberufs, die die etwaigen Vorteile der Eignungsprüfung illusorisch machen müßte.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im betreffenden Ausschuss des Landtages, König und Wegscheider, haben deshalb auf einen Ausweg hingewiesen, der ebenso billig wie logisch ist: Man möge künftig bereits bei der zweimaligen Prüfung nach dem Prinzip der Auslese verfahren und dem Kandidaten, wenn er sich bei den Prüfungen als für den Beruf geeignet erwiesen hat, das Recht auf Anstellung geben. Mit aller Energie wird sich die sozialdemokratische Fraktion dagegen wehren, der Verordnung des Ministers Boelzig durch Zustimmung des Landtages schon heute dauernde Geltung zu verleihen. Gegen die Ueberführung notorisch ungeeigneter Pädagogen in andere Berufe als einmalige Ausnahmemaßregel wird hingegen ein Einwand kaum erhoben werden können.

Neue Lungenkomplikationen Lenins.

Moskau, 25. April. (OE.) Das Krankheitsbulletin vom 24. April verzeichnet das Wiederauftreten leichter Kataralherscheinungen im linken Lungenflügel Lenins, auf welche die neuerliche Temperaturerhöhung zurückzuführen ist. Temperatur 37,4, Puls 110, Atmung 24.

Kraffins Warnungen.

Der großen Oppositionsrede Kraffins auf dem Moskauer Parteitag lag die schwerste Sorge der RKP, der wachsende Gegensatz zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauernschaft, zugrunde. Während ohne die Wiederherstellung der bäuerlichen Wirtschaft kein Fortschritt möglich sei, so führte Kraffin aus, bleibe im Gegenteil fort, sich, ebenso wie der gesamte staatliche Sowjetapparat, die rote Armee, die Industrie und die Finanzwirtschaft auf Kosten der Bauernschaft zu erhalten. Dies sei die größte Gefahr des Sowjetstaates.

„Wir verzehren mehr, als wir schaffen.“ Kraffin fordert eine grundlegende Änderung der Politik der Partei in bezug auf Wirtschaftsverwaltung, Produktion, Finanzen usw.; die Struktur der leitenden Parteiorgane müsse geändert und durch Persönlichkeiten ergänzt werden, die den neuen wirtschaftlichen Aufgaben gewachsen wären. Für die auswärtige Politik zieht Kraffin die Folgerung, daß Sowjetrußland, da es keine Industrie mit eigenen Kräften nicht wiederherstellen könne, alles daran setzen müsse, um seine Anerkennung de jure zu erreichen und ausländische Anleihen zu erhalten. Unter diesen Gesichtspunkten habe schon der Rapallo-Vertrag mit Deutschland eine ungeheure Bedeutung. Rußland beginne schon Kredite zu erhalten, z. B. habe die „Arcos“ zum 1. April aus englischen Quellen den russischen Genossenschaften 49 Millionen Goldrubel ausgezahlt. Die Politik des

Zentralkomitees der Partei müsse alle Möglichkeiten ausnützen, um eine

Näherung an das Ausland

zu erzielen und die Bedingungen für eine Verständigung mit den Entente-Ländern zu klären.

Wenn Kraffin, der gewiß nicht die Absicht hat, sich zum Märtyrer zu machen, es dennoch wagt, so offen mit seinen Forderungen hervorzutreten, so muß er die Ueberzeugung haben, daß schon in absehbarer Zeit die Not der Stunde ihre Bewirkung erzwingen wird. Von Interesse ist die Mitteilung Larins auf dem Kongress, daß dem Zentralkomitee bereits ein Projekt vorgelegen habe, wonach die staatlichen Trusts für ihre Schulden mit ihrem Gesamtvermögen haften sollten, welches also unter Umständen würde verkauft werden können. Das Zentralkomitee hat jedoch dieses Projekt abgelehnt, weil seine Annahme „eine elementare Denationalisierung der Staatsindustrie“ bedeuten würde.

Die neue Schupo-Note.

Arbeiter-Anfragen im Unterhaus.

London, 26. April. (W.B.) Im Unterhaus fragte das Arbeitermitglied Wedgwood Benn den Premierminister, ob die britische Regierung irgendwelche Abkommen mit ihren Alliierten betreffend die Unterdrückung der Organisation der deutschen Polizei in militärischen Gruppen und andere darauf bezügliche Fragen getroffen habe.

Unterstaatssekretär Guineh erwiderte, die Antwort laute bejahend. Hierauf fragte Wedgwood Benn, ob Guineh nicht erst neulich dem Hause mitgeteilt habe, die Regierung sei befriedigt, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Vertrages ausführe. Guineh erwiderte, der Vorschlag stehe in dieser Frage mit den Deutschen in Verbindung, aber bezüglich der Einzelheiten könne er weiter keine Antwort geben.

Wedgwood Benn fragte weiter, welchen Wert es habe, eine neue Forderung an Deutschland zu stellen, wenn die Regierung verkündet habe, daß sie befriedigt sei, daß die Bedingungen ausgeführt würden. Guineh erwiderte, gewisse Tatsachen seien wahrscheinlich ans Licht gekommen und die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung werde zweifellos auf diese Tatsache gelenkt. Diese Fragen lägen in der Hand des Volschaffers; er (Guineh) verfüge nicht über die verlangten Informationen.

Wedgwood Benn erklärte, die Antwort, die neu gegeben worden sei, lautete, daß die Bestimmungen durchgeführt würden. Habe dies jetzt nicht mehr Gültigkeit? Guineh erwiderte, anscheinend seien im einzelnen Beschwerden vorgebracht worden. Das Parlamentsmitglied Berkeley fragte, welchen Schritt die Regierung zu tun beabsichtige, um dieses Abkommen durchzuführen. Guineh erwiderte, die Regierung verhandle durch den Volschafferrat, aber natürlich könne er nicht sagen, welche Schritte infolge dieser Verhandlungen nötig sein würden.

Verkehrsabdröselung im besetzten Gebiet.

Mainz, 26. April. (W.B.) Von heute an haben die Befehlshaber jeden Verkehr mit Personentransportwagen, Omnibussen und Lastkraftwagen, gleichgültig ob sie der Post oder Privaten gehören, soweit sie der gemeinsamen Beförderung von Personen dienen, verboten. Unter das Verbot fallen auch Personentransportwagen, die ausgewiesene Familien befördern sollen. Das gleiche Verbot erstreckt sich vom 27. April an auf den Verkehr mit Waren.

Infolge der neuen Verordnung sind große Schwierigkeiten im Grenzverkehr entstanden. Arbeiter, die in Postautomobilen die Grenze passieren wollten, mußten den Wagen verlassen und durften nur zu Fuß durch die Kontrollstationen. Die Beförderung von Fahrgästen in fremden Wagen ist verboten, um sie zur Benutzung der durch die Franzosen in Betrieb gesetzten Eisenbahn anzuhalten. Die regelmäßigen Autoverbindungen nach Mainz und Wiesbaden müssen infolgedessen eingestellt werden. Auch die Oberpostdirektion läßt ihre Wagen nicht mehr laufen.

Spreyer, 26. April. (W.B.) Vom 28. April 1923 ab ist jeder Verkehr auf den Autobuslinien der Pfalz auf Lin-

haben genug lebendigen Stoff in sich, um eine sinfonische Dichtung zu erfüllen. Aber es entwickelt sich nicht viel. Es legt an und pausiert, es schöpft Atem und verknüpft, es will sitzen und bleibt oft stumm. Die Rechnung geht nicht auf, Logik und Geheiß lassen sich nicht umbiegen, und 2 x 2 bleibt immer noch 4. Hermann Busch schuf das Werk in philologischer Treue nach, ungelent, aber geschickt und nicht ohne Versuch, Fäden statt Konturen zu geben.

Die Souveränität Bruno Walters muß immer wieder bewundert werden. Ihn nicht an Berlin fesseln zu können, ist unser Schade. Welch ein Opernmann müßte das sein! Entscheidender Maßstab für seinen Wert, keine suggestive Verwirrtheit, daß das Orchester so herrlich, so minutiös folgte, so konsequent zu spielen weiß. Wie leicht ist es dem Publikum gemacht, hier, etwa im Don Juan Straußens oder im Weisterlinger-Vorpiel von einem so energiegeladen und kunstgeladenen Willen sich mitreißer zu lassen. Aber auch er macht zuweilen aus Gerade Ungerade, aus 2 x 2 fünf. Der erste Satz der 2. Brahmschen Sinfonie baut sich prachtvoll auf; der zweite soll besonders innig gelungen sein, aber er fließt did und gefühllos an unserem Herzen vorbei. Am dritten bemängelt jeder Brahms, der die Tradition des Werkes etwa von Steinbach her kennt, die Gemütslosigkeit des Tempos, und im letzten ist der Schlusssatz fast zu gemütsdramatisch. Doch bleibt der Bann und die herzliche Freude über diesen phänomenalen Musiker entscheidend. Der Tenor, den Volter aus Amerika mitbrachte, Rag Cormac, sollte ein zweiter Caruso sein. Er ist nur ein Tenor, italienisch gefärbt, parodierend mit herrlichem Timbre der Mittelstufe, kunstvoll sprechend, phrasierend, geschmackvoll und in dauernder Bewusstheit des Wohlklanges. Was fehlt, ist Fülle und Sinnlichkeit des Tons, Volumen und Tiefe des Ausdrucks, ist innere Verlebendigung Mozartischer, Beethovenischer Melodie. Nur ein Tenor, ein echter. — Lea Luboschik zeigt mit rassenhaftem Temperament, fingergewandt, unterstützt von dem höchst musikalischen Knaben Goldowsky. — Kreis ist solider, also rühmenswürdiger Tap des vornehmen Musikers, kein Blender und kein Mitreißer, unentwegt auch mit der Gattin Nora Fremont für Neues eintretend. — Die Sonate von Miklos Radnai ist noch rost, kein Wein. Harmonisch etwas gelüchelt, hat sie doch Glanz in den Stimmen und ein rhythmisches Schwärmen in sich, das von Jugend erzählt. Im ganzen stammt sie mehr von einem pianistisch Eingestellten, nicht von einem für Geige schreibenden Komponisten. — Sait Rosen singt mit Anstand und unter Ueberwindung sprachlicher Schwierigkeiten deutsche Lieder, besonders gefällig und annützig aber englische Rapsoden. — Erna Ortman, eine kultivierte, sichere Sängerin, ist im Duett mit der zarteren Toni Rahola verstimmt. So bleibt der Eindruck Brahmscher Liebesgesänge geliebt, zumal die Begleiterin Bruch nicht eben viel Seele offenbart.

Hermann Bahes „Konzert“ bietet Emanuel Reicher die Gelegenheit, noch einmal seine reiche Palette — es soll keine letzte Gastspielrolle sein — zu zeigen. Er spielt den Klaviervirtuosen Gustav Heint mit der flatternden Wähe und dem nervösen Temperament des verdöhrten Künstlers mit aller Ueberlegenheit und Feinheit und mischt die Farben dieses vielfimmernden Charakters so virtuos, daß ein harmonisches Ganzes entsteht. Man spielt diese geistvolle

Komödie auch Bahr zu Ehren, der trotz seiner ewigen Jugend und Wandlungsfähigkeit nun nächsten wirklich 60 Jahre alt wird. Es ist sicher sein dynamisches Werk — dieser doppelte Ehedialog, aber trotz all seinem Reichtum an guten Einfällen, trotz allem lebendigen Gepolter und leichtem Ton, wird man auch hier das Bedenken nicht los: Bahr biegt des guten Klangs und der Wirkung wegen um und macht sich die Sache leichter, als er dürfte. Aber trotzdem hat man seine Freude an ihm, weil wir gar so wenig Leichtfüßiges und Selbstprügiges auf der Bühne erleben. Das Gegenpiel des anderen Ehemannes, der dem Künstler die mit ihm durcgegangene Frau wieder abgibt, nachdem er ihr den Star gestochen, gibt Otto Gebühr in einer prachtvoll von allen Humoren umspielten Leistung. Die beiden rivalisierenden Frauen sind Grete Meyer, die kluge Künstlerfrau, die mehr aus sich herausgehen sollte, und Rowa Bahr, die recht nett den Wechsel von Schwärmerei und Geränktheit hervorkehrt.

Das Schicksal des Schiller-Theaters. Nach Pressemitteilungen stehen die Verhandlungen wegen Uebernahme des Schiller-Theaters durch die Verwaltung der Staatstheater unmittelbar vor ihrem Abschluß, so daß mit Beginn der neuen Spielzeit Herr Jahnke oder, nach einer anderen Version, Herr Vatro vom Staatlichen Schauspielhaus als Leiter in das Charlottenburger Theater einzutreten würde. Das künstlerische Niveau des Schiller-Theaters würde durch eine Angleichung an die Staatstheater wahrscheinlich gehoben werden. Ob die sich hier anbahnende Lösung des Schiller-Theater-Problems die richtige ist, bleibt aber eine andere Frage. Wie es heißt, hat der Verein Volksbühne für das Charlottenburger Haus starkes Interesse bewiesen und der Schiller-Theater-K.G. ein sehr entgegenkommendes Angebot gemacht, um von ihr das Theater in Unterpacht zu erhalten. Es muß bedauert werden, wenn die Schiller-Theater-K.G. dieses Angebot hinter dem der Staatstheaterverwaltung zurückgesetzt hat. Der Verein Volksbühne ist nach seiner Tradition und seinem ganzen Wesen mehr dafür geeignet, Träger der volkstümlichen Kunstpflege in Berlin zu sein als etwa die Verwaltung der Staatstheater. Das Charlottenburger Haus wäre für die Volksbühne besonders gut geeignet. Der Verein hätte auch jede wünschenswerte Gewähr für einen künstlerisch vollwertigen und dabei doch volkstümlichen Betrieb; seine wirtschaftliche Struktur gewährt zugleich hinreichende Sicherheit für eine solide Geschäftsführung. Eine Hingabe des Schiller-Theaters als weiterer Eigenbetrieb könnte dem Verein die Möglichkeit geben, noch weit größere Kreise der Berliner Bevölkerung für sein kulturelles Programm zu gewinnen und seine künstlerische Wirksamkeit noch freier zu entfalten. Wenn die Schiller-Theater-K.G. als derzeitige Pächterin des Hauses diese Gesichtspunkte scheinbar nicht hinreichend gewürdigt hat, so sollte wenigstens die Stadt Charlottenburg, die als Eigentümerin des Gebäudes doch wohl auch mitzusprechen hat, sie nicht aus dem Auge verlieren.

Arno Holz erhielt an seinem gestrigen 60. Geburtstag eine Fülle von Glückwünschen, unter anderem vom Reichspräsidenten, vom preussischen Ministerpräsidenten, vom Berliner Magistrat und vom Regierungspräsidenten in Königsberg.

Der Reichspräsident begleitete eine Ehrenspende von einer halben Million Mark mit folgenden Zeilen: „Sehr geehrter Herr Holz! Es ist mir eine besondere Freude, als Präsident des

ordnung des Provinzialdelegierten für die Pfalz auf Grund der Verordnung 164 der Interalliierten Rheinlandskommission verboten.

Bisher 20000 Ausweisungen!

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages besprach Ministerpräsident Braun die Verhältnisse an der Ruhr und teilte mit, daß nach dem bis zum 15. April vorliegenden Material im altbesetzten Gebiet 3886 Reichs-, Staats- und Gemeindefreie und 156 Private, also zusammen 4042 Personen ausgewiesen worden sind. Im neubefreiten Gebiet sind es 816 Beamte und 26 Private, zusammen 842 Personen. Einschließlich der Familienangehörigen der Betroffenen kommt man auf eine Zahl von rund 20 000 Menschen, die durch das Vorgehen der Franzosen auf das allerschwerste in Misleidenschaft gezogen worden sind. Verhaftet wurden außerdem 687 Beamte und 85 Privatpersonen. Zurückgelassen sind zum 15. April von den französischen und belgischen Kriegsgerichten etwa 250 Personen. Von diesen erhielten im neuen Einbruchgebiet die Zurückgelassenen 75 Jahre, 2 Monate, 22 Tage, und die Zurückgelassenen im altbesetzten Gebiet 11 Jahre, 10 Monate, 10 Tage, zusammen also 87 Jahre, 1 Monat, 2 Tage Gefängnis zubielt. An Geldstrafen wurden bisher verhängt etwa 1200 Millionen Mark.

Entscheidung Bürgermeister Schäfers.

Essen, 26. April. (WZ.) Die Nachricht, daß General Douville in einem Brief an Koniginre Testa seine Einwilligung gegeben hat, daß Bürgermeister Schäfer aus Essen wegen seines geschwächten Gesundheitszustandes aus dem Gefängnis entlassen werde und in einem Sanatorium oder sonst einem Hause im besetzten Gebiet mit seiner Familie Aufenthalt nehmen kann, wird bestätigt. — Der Prozeß gegen die Krupp'schen Direktoren findet nicht am 2. Mai, sondern wahrscheinlich erst einen oder zwei Tage später statt.

Das Eisenbahntentat von Altsenken.

Essen, 26. April. (WZ.) Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittlung des oder der Täter, die auf dem Schienenweg zwischen Essen-Altsenken und Essen-Rord eine Explosion herbeigeführt haben, eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt.

Paris, 26. April. (Eca.) Havas verbreitet aus Essen folgende Darstellung der Erschießung eines Deutschen: In der Nacht vom 23. verfuhr ein Deutscher in das französische Militärlager von Jägerhof einzudringen. Die Schildwache gab nach Anruf Feuer. Der Deutsche wurde getötet.

Essen, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Am 24. April wurden auf der militarisieren Nordstraße 14 Züge mit 239 Koks-, 8 Brikett- und 192 Kohlenwaggons und auf der Südstraße drei Züge mit 50 Koks- und 27 Brikett- und Kohlenwaggons abtransportiert. Zum Abtransport von Brennstoffen wurden am 25. April im besetzten Gebiet 4065 Wagen bei einem Ausfall von 648 Wagen, im unbesetzten Gebiet 2190 Wagen ohne Ausfall gestellt.

Hölein wird seit 40 Tagen im Pariser Santé-Gefängnis festgehalten und ist, wie die „Humanität“ berichtet, bisher nur einem Identitätsverhör unterzogen worden. Der Untersuchungsrichter habe ihn bisher noch nicht vernommen.

Die Ausweisungen Reichsdeutscher aus der Tschekoslowakei sind zum Stillstand gekommen, die tschechischen Unterhändler haben sich nach Berlin begeben. Es wird angenommen, daß ein Uebereinkommen gefunden wird, das weitere Ausweisungen verhindert.

Die Oldenburger Landtagswahlen sind auf Sonntag, den 10. Juni, anberaumt.

Genehmigung der neuen Beamtenbezüge. Der preussische Staatsrat hielt am Donnerstagabend eine Sitzung von nur wenigen Minuten Dauer ab. Präsident Dr. Adenauer sprach dem Oberbürgermeister von Duisburg Dr. Jarres, der aus dem Gefängnis entlassen und ausgewiesen worden sei, und erstmalig wieder an den Sitzungen des Staatsrates teilnehme, die Anerkennung für sein mannhaftes Verhalten aus. Der Staatsrat genehmigte darauf ohne Ausrede zwei Rotverordnungen über die Erhöhung der Beamtengehälter im Januar und Februar und eine Verfügung über die örtlichen Grundzuschläge.

deutschen Reiches, Ihnen zu Ihrem 60. Geburtstag meine wärmsten Glückwünsche aussprechen zu können. Das deutsche Volk ehrt in Ihnen einen seiner stärksten künstlerischen Gestalter. Unsere schöne deutsche Muttersprache war Ihnen das unerschöpfliche Mittel, ihre unvergleichliche Gestaltungskraft das Werkzeug für die Erschaffung der neuen und kühnen Form, um die Sie die deutsche Dichtkunst bereichert haben. Aber der stärkste Antrieb für Ihr Lebenswerk war doch wohl die unerschöpfliche leidenschaftliche Liebe zur Kunst, die von frühester Jugend an in Ihnen lebendig ist und die Ihnen auch die Kraft gegeben hat, aller äußeren Hemmungen, von denen gerade Sie nicht verschont geblieben sind, immer wieder Herr zu werden. Ich wünsche Ihnen von Herzen noch eine Reihe von Jahren dichterischer Fruchtbarkeit und verbinde mit diesem Wunsche die Ueberreichung einer Ehrengabe, von der ich selbst am meisten bedauere, daß sie im Hinblick auf die wirtschaftlichen Nöte unseres Vaterlandes nicht größer sein kann. gez. Ebert."

Der Ministerpräsident Braun übersandte eine Million dem einsyngartigen Dichter ausrunder sozialer Kampfkämpfer, dem Bahnbrecher neuer dichterischer Ausdruckswege, dem kernigen ostpreussischen Landsmann."

Der Berliner Magistrat schrieb: „Aus Ostpreußen schon früh zu uns gekommen, haben Sie noch als Jüngling die Bilder und Stimmungen der wendischen Weltstadt in Ihren Gedichten festgehalten und Sie Stolz Berlin, vor allem auch Berliner Arbeit und Berliner Not, in Ihren Versen gespiegelt.“ 25 Flaschen alten Rheinweines begleiteten das Schreiben.

Schmachvoll ist es, daß die Berliner Theater auch bei dieser Gelegenheit keine Notiz von Arno Holz genommen haben. Und dabei harret sein größtes dramatisches Werk „Ignorabimus“ noch immer der Uraufführung.

Amerikanische Großstädte. Nach dem Ausweis der jüngsten Volkszählung in den Vereinigten Staaten haben sich bei den amerikanischen Großstädten bemerkenswerte Verschiebungen der Bevölkerungsziffern vollzogen. New York hat danach die Einwohnerzahl von 6 Millionen erreicht, und Chicago ist der von 3 Millionen nahegekommen. Philadelphia zählt nahezu 2 Millionen und Detroit fast eine Million Einwohner. Während Detroit damit in die Reihe der bevölkerterten Gemeinwesen getreten ist, ist Baltimore hinter Boston zurückgeblieben und an die siebente Stelle unter den amerikanischen Großstädten getreten. Los Angeles hat in keinem raschen Wachstum Pittsburgh überholt und steht heute an neunter Stelle, während San Francisco die Rioarastadt Buffalo überflügelt hat und heute an zehnter Stelle steht. Cincinnati und New-Orleans mußten hinter Minneapolis zurücktreten, ebenso wie die Stadt Columbus ihre bisherige Rivale Providence in den Schatten gestellt hat.

Einem Arno-Holz-Abend veranstaltet die Vter. Vereinnung des Berliner Lehrervereins am 29. abends 8 Uhr, in der Aula, Niederwallstraße 12. Haupt-Gastgeber ist ein Bild vom künstlerischen Schaffen des Dichters, Elise Henner spricht Proben aus seinen Werken. Karten 400 P. an der Abendkasse.

Große Sendungen schwedischer und dänischer Bücher sind zur Verteilung an deutsche wissenschaftliche Bibliotheken in diesen Tagen bei der Rotgemeinnützigen Deutschen Bibliothek eingelaufen.

Das Ende einer Verleumdung.

Davidsohn zur höchstzulässigen Geldstrafe verurteilt.

Der Prozeß Kuttner gegen Davidsohn hat gestern mit der Verurteilung des Verleumders zur höchstzulässigen Geldstrafe geendet. Beweisaufnahme und Urteil räumen den letzten Rest des Verdachts hinweg, daß Genosse Kuttner etwa in Verleumdung der gegebenen Situation, aus übermäßiger Erregung, ohne Not einen Menschen getötet haben könnte. Es steht fest, daß Kuttner gehandelt hat, wie er handeln mußte, als er den angegriffenen, mit entschärften Handgranaten drohenden Mann durch Schüsse unschädlich machte. Andernfalls wären wahrscheinlich in der nächsten Sekunde zahlreiche Menschenleben vernichtet gewesen, und Eichhorn, der Angreifer selbst, hätte sich unter den Opfern befunden. Jeder Rest von Zweifel daran ist beseitigt, daß Kuttner in gerechter, notwendiger, unermesslicher Verteidigung gehandelt hat.

Man kann nach Erledigung des Falles, die Frage aufwerfen, welchen Zweck die jahrelange abscheuliche Hege gegen Kuttner gedient hat. Was hätten die Hege erreicht, wenn der Prozeß einen für Kuttner ungünstigen Ausgang genommen hätte? Wir nehmen an, auch auf der anderen Seite fehlt nicht überall Verständnis dafür, daß dieses System der persönlichen Hege gegen einzelne mit Politik überhaupt nichts mehr zu tun hat, daß es vielmehr für die politische Verständnislosigkeit seiner Urheber ebenso zeugt, wie für die Niedrigkeit ihrer Bestimmung.

Der Kampf, der gegen Kuttner geführt wurde, war einer von der Art, für die jedes Mittel recht ist. Noch in der Verhandlung versuchte der Verteidiger Davidsohn, Rechtsanwalt Nübeck, unter stillschweigender Assistentz Theodor Viebknechts, das Gericht gegen Kuttner einzunehmen, indem er ihm Kuttners bekannte Schrift gegen die Klassenjustiz unter die Nase hielt und sich in langatmige Erklärungen darüber verlor, daß auch Kuttner die an der Tötung Karl Viebknechts mitschuldigen Offiziere als Mörder bezeichnet habe. Aber eine so schlechte Sache wie die des Herrn Davidsohn konnte wohl nicht mit anständigeren Mitteln vertrieben werden.

Man kann unter diese Angelegenheit endlich einen dicken Schlußstrich ziehen. Eine Verleumdung ist erledigt. Wer sich ihrer noch bedient, beschmutzt nur sich selbst.

In dem Befridigungsprozeß Kuttner gegen Davidsohn verkündigte am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr der Vorsitzende der 6. Strafkammer des Landgerichts I Berlin, Landgerichtsdirektor Regen, nach fünfständigem Plaidoyers und nach nur halbstündiger Beratung folgendes Urteil:

Der Brief Davidsohns vom 22. April 1922, der die Grundlage der Privatklage bildet, enthält zwei Behauptungen, die dem Kläger in der öffentlichen Meinung herabwürdigend geeignet sind: 1. der Kläger habe Eichhorn ermordet, 2. er sei aus dem Reichsbund für Kriegesbeschädigte hinausgeworfen. Beide Vorwürfe enthalten objektiv ehrenkränkende Tatsachen. Beide Tatsachen sind nach Ueberzeugung des Gerichts nicht erweislich wahr.

Eichhorn war ein angegriffener Mann, der sich ungebührlich benommen hat und mit seinem Gegner wenig sachgemäß umging und nach Feindern suchte. Daher bildete er eine Gefahr. Da er sich vor der Patrouille nicht genügend ausweisen konnte, sollte er abgeführt werden; seine Abführung war wegen unbefugten Waffengebrauchs berechtigt. Zum Zweck der Abführung wird er entlassen. Darüber ist er erbost. Es gelingt ihm, sich wieder Waffen zu verschaffen und zwar einen Karabiner und zwei Handgranaten. Diese sollten ihm erneut abgenommen werden, dabei legt sich Eichhorn zur Wehr,

entscherte eine Handgranate,

und es lag der Schluß nahe, daß er abziehen wollte. Denn in dem angegriffenen Zustand ist er sich nicht im klaren gewesen, daß er sich selbst in Gefahr brachte. Diese entscherte Handgranate wird ihm vom Zeugen Büttner entzogen. Jetzt greift er zur zweiten Handgranate und hantiert mit dieser, was sich aus den Bekundungen einer Reihe von Zeugen ergibt. Den Ausfagen der

drei Frauen, die bekundet haben, daß Eichhorn waffenlos war, hat das Gericht keine entscheidende Bedeutung beigegeben, da sie nicht von der Nähe beobachtet haben, und weil Frauen bei solchen Vorfällen außerordentlich erregt sind und nicht zuverlässig beobachten. Das Gericht läßt dahingestellt sein, ob die zweite Handgranate entschert war oder nicht, da sich die Zeugenaussagen widersprechen. Im Augenblick, wo Eichhorn mit der zweiten Handgranate hantierte, trafen ihn zwei Schüsse, wahrscheinlich zuerst der Armschuss, dann der Brustschuß. Die letzten Handgriffe des Eichhorn vor den beiden Schüssen haben bei dem Gericht die Ueberzeugung begründet, daß auch

Eichhorn die zweite Handgranate abzugsfertig machen und dann auch abziehen wollte,

um sich seine Widersacher vom Halse zu schaffen. Es stand also ein rechtswärtiger Angriff des Eichhorn bevor. Das Gericht ist der Auffassung, daß ein

sehr gefährlicher Angriff

im Gange war. Die Mitglieder der Patrouille Kuttner haben nach Ansicht des Gerichts völlig verfehlt. Nur wenige Sekunden waren nötig zum Abziehen der Granate und zur Explosion. Dann wäre ein namenloses Unglück geschehen, viele Menschen wären ums Leben gekommen, mindestens schwer verletzt worden. Das Gericht ist der Meinung, daß das gegebene Mittel nach Lage der Sache war, durch einen Schuß den Eichhorn schnell kampfunfähig zu machen. Durch Zugreifen mit der Hand hätte ein Abziehen nicht verhindert werden können. Ein Schuß war das wirksamste Mittel. Zu ihm hat der Kläger gegriffen. Doch hat er nicht einen, sondern zwei abgegeben, und zwar kurz hintereinander, ohne daß er zwischen den beiden Schüssen feststellte, welche Wirkung der erste Schuß hatte. Der Kläger ist aber durch den § 53 B. gedekt, denn es ist nicht der geringste Beweis dafür erbracht, daß er kaltblütig den Eichhorn töten wollte. Der

Kläger hat bei beiden Schüssen in entschuldeter Aufregung seine Waffe geföhrt,

wenn auch nicht so, wie es bei ruhiger Ueberlegung an sich möglich gewesen wäre. Dem Kläger steht also der Einwand der Notwehr zur Seite, von dem er keine Rede sein, auch nicht von Erschlagen oder Körperverletzung mit Todesfolge. Das Handeln des Klägers ist demnach als strafflos zu bezeichnen.

Die Behauptung, daß Kuttner aus dem Reichsbund der Kriegesbeschädigten hinausgeworfen sei, hat der Angeklagte nicht aufrecht erhalten. Er hat also Tatsachen verbreitet, die nicht erweislich wahr sind. Jedoch nimmt das Gericht an, daß er nicht wider besseres Wissen, sondern seinerzeit in gutem Glauben gehandelt hat. Ob der § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) für den Angeklagten in Frage kommt, ist dem Gerichte zweifelhaft. Die Artikel, die den Angeklagten zur Beleidigung veranlaßten, sind nicht von Kuttner und auch nicht von ihm veranlaßt. Aber dem Angeklagten wird zugute gehalten, daß er des Glaubens war, daß der Artikel in der „Vörlinger Volkszeitung" von Kuttner war. Er war in diesem Artikel heruntergerissen worden und subjektiv der Meinung, daß das von Kuttner ausging. Aber wenn auch das Gericht annimmt, daß der Angeklagte glaubte, den Brief in Wahrheit berechtigter Interessen geschrieben zu haben, so steht es doch auf dem Standpunkt, daß der Brief seiner Form nach beleidigend war. Der Angeklagte ist Schriftsteller, er meistert das Wort, und man muß von ihm verlangen, daß den Wendungen die er gebraucht, der ehrenkränkende Beigeschmack fehlt. Der Kläger sollte aber bewußt herabgesetzt werden. Daher ist der Angeklagte wenn überhaupt der § 198 als anwendbar erachtet würde, doch für

schuldig

zu erachten. Bei der Bemessung der Strafe hat das Gericht folgendes berücksichtigt: Die Äußerungen sind im politischen Kampf, anlässlich des Wahlkampfes, gefallen. Daher hat das Gericht von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen. Die Tat wurde aber begangen vor Inkrafttreten des Geldstrafengesetzes. Die höchste Geldstrafe war bis dahin 600 Mk.; dieses mildere Gesetz ist daher anzuwenden. Dabei konnte nicht auf eine höhere Strafe wie 600 Mk. erkannt werden. Dies hat das Gericht auch als angemessen erachtet. Es fällt dabei folgendes Urteil:

Das Vorurteil wird aufgehoben, der Angeklagte wird auf Grund des § 188 zu 600 Mk. Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Das Verbot der Wullepartei.

Ausschluss der Oeffentlichkeit.

Celzyg, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) In seinen weiteren Ausführungen spricht der Berichterstatter des Staatsgerichtshof über den Deutschösterreichischen Soldatenbund, B.R. und die Turnerschäften der Deutschösterreichischen Freiheitspartei: Der Soldatenbund ist nach Ansicht der preussischen Regierung eine Fortsetzung des aufgelösten Verbandes nationalgefühnter Soldaten. Die Turnerschäften bilden nach Ansicht der preussischen Regierung eine Waffe, die die Deutschösterreichische Freiheitspartei sehr leicht gegen die Regierung benutzen könnte. Die Bezeichnung B.R. heiße nach den Angaben der Beschwerdeführer B.R. die Kampfkampfkörper und bedeute die Zusammenfassung aller vaterländischen Organisationen.

R. A. Herold versucht dann zu beweisen, daß die Deutschösterreichische Freiheitspartei eine politische Partei sei, die nicht verboten werden könne. Der Staatsgerichtshof habe sich zunächst mit dieser Frage zu beschäftigen. Wenn er zu der Ansicht komme, daß auch politische Parteien verboten werden dürften, dann sei eine sehr lange Verhandlung im Interesse der Staatssicherheit der Ausschluss der Oeffentlichkeit notwendig.

Hobann erklärte v. Graefe, daß die Deutschösterreichische Freiheitspartei durchaus im Rahmen der Verfassung den

jetzigen Parlamentarismus durch eine wirkliche Volkserrettung

ersehen wolle. Die Turnerschäften ständen unter seiner Leitung; er übernehme für alles, was sie offiziell (!) getan hätten, die volle Verantwortung. Sie hätten die Aufgabe, nur in der Abwehr aktivistisch tätig zu sein. Hoffbach sei beauftragt gewesen, die Reichswehr auf die kommunistischen Zerlegungsvorwürfe innerhalb der Truppe aufmerksam zu machen und sie über die Deutschösterreichische Freiheitspartei aufzuklären. Die bekannte Wannsee-Versammlung sei lediglich eine Geburtsstagsfeier gewesen. Die völkischen Kampfkörper seien geplant, aber noch nicht aufgestellt. Sie bildeten den Zusammenschluß aller vaterländischen Verbände, die sich im Notfall der Reichsregierung zur Verfügung stellen sollten. Die Kampfkörper seien nicht Bestandteile der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, aber

die Turnerschäften der Partei

hätten sich verpflichtet, sich dem Kampfkörper zur Verfügung zu stellen. Henning verliest zum Beweise für kommunistische Zerlegungsbestrebungen in der Reichswehr zwei Briefe, in denen darüber gesprochen wird, wie man Kommunisten in die Reichswehr hineinschleusen könne. Der deutschösterreichische Soldatenbund sei nicht die Fortsetzung des Verbandes nationalgefühnter Soldaten. Die Partei habe sich mit Waffenschaffungen nicht beschäftigt. Ob einzelne Ortsgruppen oder Personen das getan hätten, wisse er nicht. Jedemfalls aber könne man die Partei nicht dafür verantwortlich machen.

In einer längeren Rede erklärte der Verteidiger der Disgrupp Halle, in der Deutschösterreichischen Freiheitspartei verkörpere sich

die lauteste und reinste Gesinnung

des deutschen Volkes.

Dann fragte Weisiger Heine v. Graefe, wie er dazu komme die Hoffbach-Versammlung als eine harmlose Geburtsstagsfeier hinzustellen; ob ihm nicht bekannt sei, daß ein Reichswehr-offizier berichtet habe, Hoffbach habe in dieser Versammlung über die zum 31. März bevorstehende Auflösung der vaterländischen Verbände und den sich daraus ergebenden Entscheidungskampf gesprochen, in dem die Reichswehr neutral bleiben müsse Graefe bezeichnet diesen Bericht als unklar; andere Offiziere hätten diese Äußerung nicht getan.

Weisiger Müller erklärt, daß Richard Kunze vor einigen Tagen vor dem Staatsgerichtshof ausgesagt habe, die Deutschösterreichische Freiheitspartei wolle

gewaltsam die Verfassung ändern.

Wulle bestreitet das. Darauf vertagt sich der Staatsgerichtshof auf nachmittags 4 1/2 Uhr.

In der Nachmittagsung kamen die Vertreter der Regierungen Preußens, Thüringens und Sachsens zu Wort, die noch mehr unter Darlegung des zum großen Teil bekannten Materials die Auflösung der Deutschösterreichischen Freiheitspartei begründen. Sie kommen zu dem Schluß, daß die Partei

keine politische Partei im allgemeinen Sinne

ist, sondern eine Fortsetzung der aufgelösten Organisationen darstellt und in ihren Turnerschäften und Kampfkörpern eine militärische Organisation besitzt, deren Aufgabe nur sein kann, den Parlamentarismus mit Gewalt zu beseitigen. Der Vertreter Preußens erklärt ausdrücklich, daß die Reichswehr an diesen Dingen nicht beteiligt ist. Weiteres Material wollen die Regierungsvertreter wegen Gefährdung der Staatssicherheit in öffentlicher Sitzung nicht vortragen.

Hob. v. Graefe bestreitet, daß die Turnerschäften geheime militärische Organisationen sind und bittet um Ausschluß der Oeffentlichkeit, um zu dieser Angelegenheit nähere Angaben machen zu können. Er könne darauf um so weniger verzichten, als hier behauptet worden sei, die Reichswehr wisse nichts von den Dingen. Die deutschösterreichischen Turnerschäften hätten sich zur Abwehr des äußeren Feindes der Reichsregierung offiziell zur Verfügung gestellt. In Obersachsen hätten die preussischen Behörden sich jetzt wieder auf die Selbstschußorganisationen besonnen, zu denen auch die Turnerschäften gehörten.

Rechtsanwalt Herold tritt nochmals der Auffassung entgegen als könnten politische Parteien verboten werden und beantragt Ausschluß der Oeffentlichkeit. Hierauf zieht sich der Gerichtshof zurück und schließt um 7 Uhr abends im Interesse der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit aus.

Gewerkschaftsbewegung

Die Betriebs- und Beamtenräte der Reichsbahn.

Die Vertreter der im DGB organisierten Betriebs- und Beamtenräte der Reichsbahn waren am 22. und 23. April in der Brauerei Pfefferberg in Berlin zur 3. Reichskonferenz versammelt. Die Konferenz galt der Berichterstattung der Hauptprüferverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Bundes und des Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrates im RM über die Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahr sowie der Einleitung der Wahlbewegung zu den Betriebsrätewahlen, die Mitte Mai in allen Dienststellen der Reichsbahn im unbesetzten Gebiet stattfinden.

Die Berichterstattung der Beauftragten der Hauptprüferverwaltung und des Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrates wurde am ersten Tage mit großer Sachlichkeit aufgenommen. Den Berichten folgte eine Diskussion, die auch dort, wo sie kritisch auf die Berichterstattung einging, Zeugnis davon ablegte, daß die versammelten Vertreter der Betriebs- und Beamtenräte ihre Aufgabe mit sachlichem Ernst und nüchternem Wirklichkeitsinn im Interesse der gesamten am Wirtschaftsleben Deutschlands interessierten Bevölkerung auszuführen bestrebt sind. In den Berichten sowie in der Diskussion wurde vor allem auch das Beamtenrätegesetz wiederholt erwähnt, und das Urteil der Versammlung über das gegenwärtig vorliegende Produkt der zweiten Lesung im Beamtenauschuß des Reichstages kam zum Ausdruck in einer Entschließung, der wir folgendes entnehmen:

„Die Reichskonferenz verurteilt entschieden sowohl das schleppende Tempo dieser Verhandlungen wie den Versuch der Regierung und der bürgerlichen Parteien, das Beamtenrätegesetz zu benutzen, um die Beamtenschaft aufs neue in ihrer rechtlichen Stellung von der gesamten übrigen Arbeitnehmerschaft abzutrennen. Die Reichskonferenz muß es ablehnen, die Beamtenschaft als eine Arbeitnehmergruppe geringeren Rechts behandeln zu lassen. Sie fordert, daß

Die Beamten gleichberechtigt und gleichgewertet

neben den anderen Arbeitnehmerschichten stehen. Gleich dem Betriebsrätegesetz muß es (das Beamtenrätegesetz) ausgehen von dem Gedanken, daß durch die Wahl von Beamtenräten die Beamtenschaft zusammengefaßt wird zu geschlechtlich anerkannten Einheiten, die bei jeder Dienststelle als zweiter willensbildender Faktor gleichberechtigt neben die vorgelegte Verwaltung zu treten haben. Seinen letzten Ausdruck muß das Recht auf gleichberechtigte Mitbestimmung in der Schaffung paritätisch zusammengesetzter Schlichtungsausschüsse finden. Die Einräumung eines bloßen Mitwirkungsrechtes, das die Beamtenräte zu Scheingebilden erniedrigen würde, lehnt die Reichskonferenz ebenso entschieden ab wie die der Beamtenschaft angebotene Bildung der Beamtenräte durch getrennte Gruppenwahlen.“

Die Entschließung fand einstimmig Annahme. Der Berichtserstatter, Genosse Breunig, hob in seinem Schlusswort besonders hervor, daß diese Reintungs- und Reorganisationen der Beamtenschaft durch den Deutschen Reichsbahn eine Warnung an die Parteien des Reichstages darstellen müsse.

Am zweiten Tage wurde nach einem Referat von Seidel über die Betriebsrätewahlen und die Lage der Arbeiterklasse eine Entschließung angenommen, die in ihren wesentlichen Teilen folgenden Wortlaut hat:

„Die Konferenz erblickt in der Haltung der Betriebsvertretungen des Rhein- und Ruhrgebiets einen Triumph des Räteggedankens und gibt das Versprechen, den Kampf um die Reuehauung im unbesetzten Gebiet in dem gleichen Geiste proletarischer Solidarität zu führen, der im Ruhrgebiet so große Erfolge aufzuweisen hat.“

Die Reichskonferenz nimmt dagegen mit Erstaunen und Enttäuschung Kenntnis von dem Versuch der Reichsregierung, die Stabilisierung der Reichsbahn sowie

den Preisabbau auf Kosten des Personals

der Reichs- und Staatsbetriebe vorzunehmen, um auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens und der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen die Löhne und Gehälter auf dem Niveau des gegenwärtig auf seinem tiefsten Punkt gesunkenen Reallohnes zu stabilisieren. Sie erblickt in diesem Vorgehen der Reichsregierung eine staatliche Lohnpolitik, die einseitig das Interesse des Unternehmertums wahrnimmt.

Das Ziel unseres Wahlkampfes ist daher, neben der Wahl tüchtiger Interessensvertreter der Arbeiterschaft im Betriebe die Stärkung unserer Organisation, des DGB, und die Abwehr aller Zerplitterungsversuche. Unsere Propaganda gilt ferner der Förderung des Gedankens der Einheitsorganisation, für die das Zusammenarbeiten von Betriebs- und Beamtenräten die wirksamste Vorarbeit darstellt, und einer Reform der Verwaltung und ihrer Personalpolitik nach modernen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten. Unser Kampf richtet sich endlich gegen alle Versuche, die Reichsbahn in den Besitz des Großkapitals zu überführen, und gegen die schematischen Entlassungsmassnahmen des Reichsverkehrsministers. Ferner gegen die Verflämmlung unseres Tarifvertrages durch Maßnahmen, wie sie mit den Stammarbeitererlassen vorgenommen worden sind, und die Beschränkung der Rechte der Betriebs- und Beamtenräte durch formal-juristische Silbenschereien.“

Scheffel, der Vorsitzende des DGB, konnte in einer abschließenden Rede mit Recht betonen, daß die Konferenz reiche Arbeit im Dienste der Eisenbahnerchaft geleistet habe. Er zeigte in wirkungsvoller Rede den Versammelten das Ziel, die Wahlbewegung zu benutzen, um die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation und des in ihrem Rahmen und nach ihrem Programm arbeitenden Systems von Betriebsvertretungen bei der Deutschen Reichsbahn aufs neue zu steigern und zum Erfolge zu führen.

Drohender Streik in der Oderschiffahrt.

Der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt, Gruppe Oder und Märkische Wasserstraßen, hat mit Wirkung vom 1. April einen Lohnabbau von 10 000 Mark wöchentlich festgesetzt und durchgeföhrt, ohne vorher den geringsten Versuch zu unternehmen, sich mit den Arbeiterorganisationen ins Benehmen zu setzen. Dieser Akt brutaler Willkür ist eine gräßliche Verletzung bestehender Vereinbarungen. Für das Gebiet der Elbe, Oder und Märkischen Wasserstraßen war am 9. März unter Mitwirkung des

Reichsarbeitsministeriums ein Schiedspruch geföhrt, wonach die anerkannten Löhne für eine unbefristete Zeit festgelegt waren. Der gleiche Arbeitgeberverband zahlt für das Gebiet der Elbe die am 9. März durch Spruch festgesetzten Löhne weiter, während für die Oder und die Märkischen Wasserstraßen dem Personal ein Lohnabbau aufgezwungen werden soll. Dieses Vorgehen der Unternehmer hat begriffliche Erbitterung unter dem Personal geschaffen. Teilstreiks sind bereits ausgebrochen, indem das gesamte Maschinen- und Kesselpersonal der Dampfergenossenschaft Deutscher Strom- und Binnenschiffer in Hamburg, Berlin, Stettin, Fürstberg und Breslau ihren Betrieb zum Stillstand gebracht haben.

Von der Abteilungsleitung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer sind für die nächsten Tage an allen Umschlagplätzen der

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den nächsten Monat noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Oder und Märkischen Wasserstraßen Versammlungen einberufen und dürften die Entscheidungen dieser Versammlungen in kurzer Zeit den gesamten Dampfbetrieb der Oder und Märkischen Wasserstraßen zum Stillstand führen. Die Wirkungen dieses Kampfes dürften die ohnehin so empfindliche deutsche Wirtschaft schwer treffen, und das alles darum, weil die Unternehmer glauben, ihre Zeit sei gekommen, der Arbeiterschaft Brutalitäten bieten zu können. Mit den Frachten ist das gleiche Unternehmertum trotz der Verbilligung der Kohlen noch nicht mit einem Pfennig nach abwärts gegangen, während man der Arbeiterschaft einen Lohnabbau von 10 000 M. wöchentlich aufzwingen will.

Zum Streik im Beamtenwirtschaftsverein.

In einem Neuföhler Blättchen erschien am Mittwoch früh ein Inserat, in welcher der Beamtenwirtschaftsverein Arbeitskräfte gegen hohen Lohn verlangt. Es fanden sich darauf etwa 250 Arbeitslose ein. Ein großer Teil der Arbeitslosen, welche erjöhren, daß es sich um einen Streik handelt, lehnten die Annahme der Arbeit ab, wollten jedoch Fahrgeldvergütung haben. Daß es dabei nicht so ruhig herging, ist begreiflich. Aus den Reihen der Arbeitslosen wurden Verwünschungen gegen die Firma laut, daß man ihnen den Streik verschwiegen und Streikbrecherdienste zumute. Die Geschlossenheit und der energische Wille bei den Streikenden ist durch solche Maßnahmen der Firma nicht gebrochen, sondern im Gegenteil noch mehr gestärkt. Was sagen nun aber die Mitglieder des Beamtenwirtschaftsvereins zu der Handlungsweise der Geschäftslitung ihres Vereins?

Es wird nun versucht, durch einige Großhandelsfirmen, welche ihre Ware auch der Zentrale in Tempelhof lieferten, diese Ware mit ihren Gespannen nach den Verkaufsstellen des Beamtenwirtschaftsvereins zu fahren.

Die Kollegen bei diesen Firmen werden darauf aufmerksam gemacht, daß dies als Streikbruch zu betrachten ist. Strengste Solidarität ist Pflicht.

Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften.

Zweite umgearbeitete und ergänzte Auflage. 1923. J. H. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin. Grundzahl 0,50.

Als Dr. Braun vor dem Ausbruch des Weltkrieges seine Schrift „Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften“ verfasste, hatten sich den gewerkschaftlichen Organisationen 230 347 Frauen angeschlossen. 1921 mufterten die Gewerkschaften 1 518 341 Frauen. Diese Ziffer wirkt ermutigend und zugleich anspornend auf alle Genossen und Genossinnen, die sich der Agitation unter den Arbeiterinnen widmen. Sie werden auch die Neuberausgabe der Braunschen Schrift hochwillkommen heißen, da sie sich vorzüglich für die Propaganda des Gewerkschaftsbewegens in der weiblichen Arbeiterschaft eignet. Sie führt trefflich in das Wesen der Gewerkschaften ein, zerstreut die leider noch vorhandenen Vorurteile gegen die öffentliche Tätigkeit der Frauen und schärft das Gewissen der Männer, denen die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Organisation der Arbeiterinnen noch nicht völlig zum Bewußtsein gekommen ist. Die Gewerkschaftsbewegung erscheint bei Braun als eine große, den ganzen Menschen erfassende Kulturbewegung. Die Braunsche Schrift gibt nicht nur dem Gewerkschafts-, sondern auch dem Kulturpolitiker, der planmäßig an einer sittlichen und geistigen Hebung der Menschheit arbeitet, reiche Anregungen. Dieser Schrift ist die weiteste Verbreitung in allen politisch, gewerkschaftlich und kulturell interessierten Kreisen zu wünschen. Sie ist von Braun umgearbeitet und ergänzt worden.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in England.

Das englische Arbeitsministerium veröffentlichte eine Statistik, aus der hervorgeht, daß die Zahl der offiziell angegebenen Arbeitslosen am 16. April 1 239 500 betrug, d. h. 21 170 weniger als in der vorhergehenden Woche, und 2 463 378 weniger als am 11. Januar 1923.

Während in Deutschland infolge der fortgesetzten Entwertung der Arbeitseinkommen, somit der Aushöhung der Kaufkraft der Verbrauchermassen, die Arbeitslosigkeit einen erschreckenden Umfang angenommen hat, nimmt sie in England, wo die Löhne mit den Preisen im Einklang gehalten werden, ständig ab, trotz dem Konkurrenz der niedrig bezahlten deutschen Arbeiter, trotz dem Verschwinden vom Weltmarkt riesiger Verbrauchermassen Mitteleuropas. Ähnlich verläuft die Entwicklung in Amerika, wo nach dem gegenwärtigen Wechselkurs der Durchschnittslohn von zwei Stunden eines gelernten Arbeiters gleichzusetzen ist dem Durchschnittslohn von einer Woche eines gelernten Arbeiters in Deutschland. Hier aber wird noch von „untragbaren“ Lohnerhöhungen geredet!

Zum Streik in Buenos Aires.

Wie uns aus Buenos Aires gemeldet wird, dauert der Streik der Arbeiter in Buenos Aires fort. Die Versuche von Agenten, Streikbrecher in Deutschland anzuwerben, werden fortgesetzt. Vor diesen Agenten wird dringend gewarnt.

Der Streik in der Glasreinigungsbranche ist beigelegt, da eine Verständigung zwischen beiden Parteien erzielt wurde.

Ein Streik in Jena ist am Dienstag im Betriebe der Firma Zeig u. Schott u. Gen. ausgebrochen, da die Thüringer Metallindustrie den im Reichsarbeitsministerium geföhnten Schiedspruch abgelehnt haben, auf die Märzlöhne 10 Proz. zuzulegen. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ist beantragt, läßt jedoch auf sich warten.

Zu einem Anti-Streikgesetz in Ungarn hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach in Zukunft jeder Streik untersagt wird. Diesem Entwurf zufolge werden alle industriellen und kaufmännischen Unternehmungen unter strenge Polizeiaufsicht gestellt. Man macht sich indessen bei der Abstimmung auf lebhafteste Opposition der sozialistischen Partei geföhrt. — Selbst in Ungarn dürfte es außer den Sozialisten noch Menschen geben, die vernünftig genug sind, um zu wissen, daß das Verstopfen der Ventile den Kessel zur Explosion bringen muß.

Die drei englischen Gewerkschaften der Tischler, Kesselschmiede und Klempner der Schiffbauindustrie, die es bisher abgelehnt hatten, das allgemeine Abkommen betr. Ueberstunden und Nachtarbeit zu ratifizieren, so daß eine allgemeine Stilllegung der Schiffbauindustrie drohte, haben beschlossen, die Gewerkschaftsbedingungen anzunehmen.

Der Pariser Näherinnenstreik geht weiter, trotzdem die Absperrung rückgängig gemacht worden ist.

Waler, Bekierer, Anstreicher! Heute Abend 7 Uhr Bezirksversammlung in der Spinnmühlstraße 12. — Es ist Pflicht aller Parteigenossen, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Steinmetzen, Grobmal- und Baumarbeiter. Sonnabend 3 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Berliner Gewerkschaft des DGB. Sonnabend 7 Uhr abends Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engländerstr. 2. Tagesordnung: Referat. Legung in Halle. Von 8½ Uhr an öffentliche Versammlung. Dr. Seibert vom DGB spricht über Beamtenrecht. Gäste sind willkommen.

Aus der Partei.

Nach Mecklenburg marschiert.

Aus Neubrandenburg (Mecklenburg-Strelitz) schreibt man uns: Bei der Bürgermeistereiwahl am 23. April erhielt der Kandidat des Bürgervereins 8078, der der SPD. Stadtrat Anders 3173 Stimmen. Gegenüber der letzten Stadtverordnetenwahl November 1921 bedeutet das einen Gewinn für unsere Genossen von 700 Stimmen; für das vereinte Bürgerum, das einen Block von den Demokraten bis zu den Deutschvölkischen bildete, einen Verlust von 185 Stimmen. Der Erfolg ist um so beachtlicher, weil er erreicht wurde, trotzdem unser Kandidat, Stadtrat Genosse Anders, das schwierigste Amt der Stadt, das Wohnungsdienst hatte und trotzdem man ihn persönlich in der gemeinsamen und vorlogischen Art, wie sie nur in Mecklenburg möglich ist, anpöbelte.

Verantwortlich für den Inhalt: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Rotwacht-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8. Hierzu eine Beilage und „Jugend-Vorwärts“.

Bei Darmträgheit
Verstopfung
seit 1877 bestens bewährt
Apotheker Rich. Brandt's
Schweizerpillen
in allen Apotheken erhältlich.



Nicht mehr als 12 Stück, auch einzeln, abzugeben. In 1. Weltk. Krieg in U.S.A. Pat. und. gewährt. In U.S.A. per American Mail per Post.

Reiche Milch sollte man Kindern in jedem Alter nicht völlig entziehen, denn sie kann durch Milch in irgend einer anderen Form nicht ersetzt werden. Dagegen können Sie an der teuren Milch sparen, wenn Sie Poraths Kinder- und Krankenahrung verwenden, die in allen einschlägigen Geschäften zu haben ist. Porath wird für Säuglinge, heranwachsende Kinder und Erwachsene, namentlich Magen- und Darmleidende, Schwache, Kranke und Genußliebende, ärztlich empfohlen. Infolge ihrer großen Ergiebigkeit ist Poraths Kinder- und Krankenahrung erheblich billiger als Milch oder sonstiges Stärkungsmittel.



Continental-Regenmäntel für Damen, Herren, Kinder. In einschlägigen Geschäften erhältlich.



Continental

Regenmäntel

So gut wie Continental-Reifen!

Achten Sie auf diese Schutzmarke!

Grüne Heringe

500

Pfund M

A. Wertheim

Spezialmischung

1100

mit 10% gemahlenem Bohnenkaffee, 1/2 Pfund M

- Zwiebelläberwurst Pfd. 2400 M
- Rotwurst Pfd. 2400 M
- Landläberwurst Pfd. 3400 M
- Jagdwurst Pfd. 4600 M
- Fleischwurst Pfd. 4800 M
- Schellfische geräuchert Pfd. 950 M
- Makrelen-Bücklinge Pfd. 1100 M

- Frisches Kalbfleisch**
- Kamm u. Brust Pfd. 2500 M
- Keule und Rücken Pfd. 2800 M

- Sowelt Vorrat**
- Petersilienwurzeln Pfd 50 M
 - Mohrrüben Pfd. 75 M
 - Porree Pfd 80 M
 - Sellerie Pfd. 100 M
 - Spinat Pfd. 280 M
 - Petersiliendöpfe Topf 400 M

- Prima fettes Ochsenfleisch**
- gefroren, Fehrippe 3200 M
- Kamm u. Brust Pfund 3200 M

- Kochkäse Pfd. 2000 M
- Harzer Käse Pfd. 2300 M
- Briekäse Pfd. 2400 M
- Romatourkäse Pfd. 2400 M
- Quadratkäse Pfd. 2500 M
- Faustkäse Pfd. 2600 M
- Edamerkäse Pfd. 6400 M

Gehacktes Fleisch

3200

Pfund M

Anca-Würstchen

3750

Dose 4 Stck. Bockwürste M

Dose 30 Paar Brühwürstchen

21600

M

Die Not in Berlin.

Die Stadt ist machtlos. — Das Reich muß helfen.

Die vor kurzem erschienene Schrift des Berliner Oberbürgermeisters Böß über den Umfang des in Berlin herrschenden Elends hatte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion veranlaßt, den Magistrat zu fragen, wie er Abhilfe versuchen will. Was in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung unser Genosse Dr. Moses zur Begründung des Antrages vorbrachte und im Auftrage des Magistrats der Stadtmedizinalrat Genosse Dr. Rabnow antwortete, war ein erschütterndes Bild des katastrophalen Niederganges der Volksgesundheit. Dr. Moses' Vorwurf sollte nirgends überhört werden. Was geschehen müßte, führte Dr. Rabnow aus. Aber nur Hilfe vom Reich kann, fügte er hinzu, der Stadt die nötigen Mittel schaffen. In der Debatte richtete Oberbürgermeister Böß einen Appell an die „neuen Reichen“. Verspricht er sich davon irgendeine Wirkung? Herr Müller-Franken von der Wirtschaftspartei entseßte bei der Linken einen Sturm der Entrüstung durch seinen Angriff auf die von ihm als falsch bezeichnete bisherige Preispolitik. Wir hätten, meint er, mehr Wohnungen und mehr Milch, wenn die Wohnungsämter und die Milchpreise höher wären. Auch ein Rezept zur Bekämpfung der Not!

In der gestrigen Sitzung kam an erster Stelle der von den Sozialdemokraten mit Unterstützung aller übrigen Fraktionen eingebrachte Dringlichkeitsantrag Bohmann zur Verhandlung:

„Dem Vernehmen nach hat die Reichsregierung dem Magistrat mitgeteilt, daß für die neue Notstandsaktion des Reiches die Vorschläge des Magistrats (Zuschuß für den Weiterbau der Nord-Süd-Bahn sowie für Reparaturen an Gebäuden und Straßen) nicht in Betracht kämen. Die Versammlung ersucht den Magistrat, erneut bei der Reichsregierung mit dem größten Nachdruck dahingehend vorstellig zu werden, daß diese dringlichsten und für eine Notstandsaktion geeigneten Arbeiten in erster Linie berücksichtigt werden.“

Genosse Dr. Bohmann: Wenn sich diese Mitteilung bestätigt, dann haben wir es mit einem ganz unhaltbaren Vorgehen der Reichsbehörden zu tun, gegen das wir schärfsten Einspruch erheben müssen. Der Widerstand der Reichsinstanzen richtet sich gegen Vorschläge, die gerade im Interesse der Allgemeinheit und der Erwerbslosen als die dringlichsten und dringendsten zu bezeichnen sind. Gegen die

Fortführung der Nord-Süd-Bahn

nach Neuland wird Widerspruch erhoben, während seifamerweise gleichzeitig dieselbe Reichsregierung die schnelle Ausführung der Verbindung nach Neu-Tempelhof willkommen heißen und sogar zugesagt haben soll, zwei Drittel der Kosten zu übernehmen! Die Haltung der Reichsbehörden sei um so unverständlicher, als die Magistratsvorschläge gerade eine wirklich produktive Erwerbslosenfürsorge bezweckten.

Der Kammerer stellte erneut fest, daß für Berlin als eine wirkliche Notstandsarbeit in allererster Linie die Fertigstellung und Weiterführung der Nord-Süd-Bahn in Betracht kommt, bei der Tausende von Arbeitslosen beschäftigt werden könnten. Aber trotz der eindringlichsten Vorstellungen bleibe das Reichsministerium dabei, daß bei der neuen Notstandsaktion des Reiches die Nord-Süd-Bahn für Berlin auszukcheiden habe. (Hört, hört!) Im Jahre 1921 habe die Stadt 125 Millionen vom Reich für Erwerbslosenfürsorge unter der Bedingung erhalten, daß weitere Zuschüsse für die Nord-Süd-Bahn nicht verlangt werden dürften; daran scheine die Reichsregierung sich jetzt zu halten, ohne zu beachten, daß über dem Festhalten an dem formellen Recht die Sache Schaden leide. Auch den Hinweis, daß solche Notstandsarbeiten den Vorzug verdienen, wo die Materialkosten gegenüber den Personalkosten zurücktreten, hätten sich die Reichsbehörden verweigert (hört, hört); man wolle

prinzipiell nur für Neubauten Mittel hergeben.

nicht für Ausbesserungen. Anscheinend bestreite die ganz hofflose Auffassung, die Städte wollten die Notstandsaktion zur Entlastung ihrer

Etats verwerten. Der Kammerer hofft allerdings, daß in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Schumacher erklärte für die Kommunisten die Zustimmung zu dem Antrage und hob hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen 100 000 bereits überschritten habe. Bleibe die Reichsregierung schweigsam, so werde das Heer der Arbeitslosen zur energischen Selbsthilfe greifen.

Koch (Dnat.) meint, der Fehler liege wohl an dem Bureaualtrismus; irgendein Dezerent habe wahrscheinlich die Akten von 1921 ausgegraben. Der Magistrat möge von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Minister appellieren.

Auch Braun (Dem.) und v. Egnern (D. Sp.) traten für den Antrag ein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es folgte die Anfrage Heimann und Genossen (Soz.) vom 10. April: „Vor einigen Tagen hat der Oberbürgermeister Böß eine Schrift über

„Die Not in Berlin“

erschienen lassen. Seine Angaben geben ein erschütterndes Bild von dem Elend der großstädtischen Bevölkerung Berlins. Was denkt der Magistrat zu tun, um diesem katastrophalen Zusammenbruch der Gesundheit der Berliner Bevölkerung entgegenzutreten?“

Genosse Dr. Moses, der die Anfrage begründete, knüpfte an seine auf dem gleichen Gegenstand bezüglichen Reichstagsreden an und ging dann zu einer Schilderung des Groß-Berliner Notstandes über. Weite Schichten der Bevölkerung führten ein ausgesprochenes Hungerdasein; wie in Deutschland habe auch in Berlin ein Hungersterben eingesetzt. Das Wohnungs- und Ernährungsproblem fanden ihre Würdigung. Als der Redner auf eine der Folgen des Wohnungs- und Ernährungsproblems, auf die Unsitlichkeit zu sprechen kam, über die die Pastoren auf den Kanzeln zeternten, hielt es Herr Koch für angemessen, dazwischenzurufen: Was wissen Sie davon! Gehen Sie in Ihre Synagoge und lassen Sie unsere Kirchen in Ruhe! So stieß der Redner auch auf lebhaften Widerspruch auf der rechten Seite, als er die Schließung der Kabarets und Schlemmerstätten verlangte.

Der Stadtmedizinalrat Rabnow erwiderte ebenfalls in der Beredlung der Gesundheit der Bevölkerung durch den Krieg und nach dem Kriege eine der schwersten sozialen und volkswirtschaftlichen Gefahren. Die Wohnungs- und Ernährungsfrage forderten die ganze Aufmerksamkeit der städtischen Verwaltung heraus. Die Hauptsache sei, die Mittel zur Bekämpfung der drohenden Katastrophe zu beschaffen. An gutem Willen fehle es im Magistrat nicht.

Das Schlimmste sei die mangelhafte Ernährung der Kinder.

Hier müsse man des Hilfswortes der Quäker rühmend gedenken. Die Schaffung von Spiel- und Erholungsplätzen sei ein sehr verdienstliches Unternehmen. Eine eigentliche Schulgesundheitspflege in ausreichendem Maße besitze das alte Berlin immer noch nicht; in einzelnen Bezirksamtern werde sie vorzüglich wahrgenommen. Möge die Öffentlichkeit, möge das Ausland erfahren, wie schlimm es in Berlin um die Volksgesundheit stehe; nichts werde beschönigt. Pflicht des Reiches sei es, zu helfen, damit die Kommunen wieder instand gesetzt würden, die Kulturaufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

An der ausgedehnten Aussprache beteiligten sich von rechts Dr. Kirchner (Dnt.) und v. Egnern (D. Sp.), beide votierten Herrn Böß ihren Dank für die Offenheit, mit der er die Berliner Zustände, wie sie wirklich sind, geschildert hat. Herr v. Egnern warnte vor einseitiger Bedrückung des Kapitals, das sonst auswandern werde, verwies auf die Verarmung der „alten guten Familien“ und bedauerte, daß die „neuen Reichen“ noch nicht sozial denken gelernt haben.

Oberbürgermeister Böß sprach seine Freude darüber aus, daß seine Schrift in den weitesten Kreisen des In- und Auslandes Beachtung gefunden hat. Auf die Frage, wie abgeholfen werden soll, gebe es nur die Antwort: Lediglich durch Wiederherstellung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Voraussetzung dafür sei unter den heutigen Verhältnissen, daß die gesamte Wirtschaft der Welt zuvor in Ordnung gebracht wird. Die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege beließen sich heute nur auf den achten Teil der vor-

dem Kriege dafür aufgewendeten Summe, und darnach entfälle noch dazu der größte Teil davon auf Löhne und Gehälter, komme also nicht unmittelbar der allgemeinen Wohlfahrt zugute. Die Verwaltung tue, was sie könne, aber es müsse auch denen, die noch aus alter Zeit Mittel haben, und

den „neuen Reichen“ das Gewissen geschärft werden, um die Privatwohltätigkeit zur Betätigung anzuregen. Die „neuen Reichen“ hätten noch nicht begriffen, daß der Besitz auch Pflichten auferlegt.

Weiter sprachen Rintorf (Komm.), der die Schädigung des Berliner Großstadtelends verurteilte, seine Entrüstung über die „faulen Wige“ Kochs bekundete und bedauerte, daß ein praktischer Ausweg aus der Not nicht gezeigt sei, ferner Müller-Franken, Richard Kunze und endlich auch noch für die drei Mitglieder der U.S.P., Frau Lungwih, die stürmische Ausbrüche der Heiterkeit auf der Rechten entseßte, als sie der alten Erzellenz Kirchner vorhielt, daß es gerade die eigenen Herren seien, die die Dienstmädchen verführten und die dann dem Retter der Wirtschaftspartei gegenüber darauf hinwies, wie schamlos gerade die kleinen Geschäftsleute ihre Kunden bewohrten.

Damit waren um 9.10 Uhr die Anträge erledigt. Zum Beisitzer-Stellvertreter für Röder wählte man den Stn. Gronewaldt (W.P.).

Von dem Bericht des Magistrats über die Ursachen des Flugungsunglücks auf dem Tempelhofer Feld nahm die Versammlung Kenntnis.

Die Aufnahme einer Anleihe von 10 Milliarden Mark wurde genehmigt, ebenso die Erhöhung des Schulgeldes an den städtischen höheren Lehranstalten ab 1. April 1923, sowie die neuen Bestimmungen über die Schulgelder usw. an den Fach- und Fortbildungsschulen. Schluß 10 Uhr.

In der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wird Nachfolger des verstorbenen Genossen Böker der Postassistent Genosse Eduard Jachert. Er ist gestern in die Stadtverordnetenversammlung eingetreten. In der kleinen Gruppe der „Unabhängigen“ erseht den verstorbenen Dr. Koelich der Straßenbahnassistent Baron.

Treff in der Waschküche.

Am späten Abend in der Waschküche hoch unter dem Dach noch Licht. Stimmengemurmel. Ab und zu Gelächter und ein Berliner Kalauer. Ein Mieter nach dem anderen schleicht, mit einem Stuhl bewaffnet, zur Waschküche hinauf. Elektrisches Licht gibt es hier oben erst selten. In jedem Weitzreit sind gleich zwei Petroleumlampen zur Stelle. Fast zuletzt, wie es sich gehört, tanzt die Mietervertretung an, gruppiert sich würdevoll um ein Tischlein, vor sich ein Stöckchen Alt. Ganz zuletzt erscheint, wenn er eingeladen ist und es der Wirt für wert hält, der Herr Hauswirt, damit der armeneligen Waschküche, die sich eine so illustre Versammlung früher nie hat träumen lassen, kein Leid geschieht. Nur ein paar Aufgebäumte aus dem Vorderhause fehlen. Ihre große Stube wollen sie nicht zur Verfügung stellen. Das wäre ja gelacht, sich den Teppich vollspucken und das Wohnzimmer mit schlechtem Tabak verräuchern zu lassen. In die Waschküche zur Mieterversammlung gehen? Berrückte Deel! Ach mein, es ist nicht so verrückt, wie es sich gehört, auch mit so vielen anderen einschränken. Der Lokalwirt kann sein Zimmer nicht mehr umsonst hergeben. Jedes Töpfchen Bier kostet ein paar hundert Mark. Mancher Mieter scheut die Ausgabe. Nach der Waschküche, wo es nichts kostet, kommt er. Es ist sogar sinnig: man behält die umstrittenen paar Tausender, die in der Kneipe doppelt und dreifach draufgehen! Und es ist doch einmal etwas Neues, ist so ußig und gemächlich. Die dicke Millern und die schwammige Lehmann sind auf den Waschküchen geflettert. Damp ohne Eintrittsgeld. Liebtlich kräufeln sich Zigaretten- und Zigarettenmüllchen. Es cremt keine Gardinen. Der Kessel brodeln nicht. Vom läbigen Waschküchen keine Spur. Aber schmuhige Wäsche wird doch gewaschen.

Nochmals die Malmiete. In die Notia in unserer gestrigen Abendausgabe haben sich leider zwei Druckfehler eingeschlichen. Die Verwaltungskosten in einfachen Häusern hat der Magistrat auf 600 Proz. (nicht 500—600 Proz.) und den Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 2000 Proz. (nicht auf 3000 Proz.) festgelegt. Die Genehmigung des Oberpräsidenten zu den Beschlüssen des Magistrats steht noch aus.

(Kochdruck verboten. Der Müll-Bezirg, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

96] Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert.

Sie schwiegen. Endlich sagte Christfield: „Was wirst du tun, Andy?“

„Ich weiß nicht recht. Werde nicht in Paris bleiben. Außerdem muß ich hier noch ein Mädchen auffuchen. Ich will sie sehen.“

Andrews brach plötzlich ab und begann im Zimmer auf und ab zu gehen.

„Du mußt verdammt vorsichtig sein. Wenn sie dich schnappen, erschießen sie dich“, sagte Slippery.

Andrews zuckte die Achseln.

„Ich würde lieber erschossen werden, als auf 20 Jahre nach Beavenmorth gehen!“ rief Al.

„Habt ihr hier was zu essen?“ fragte Slippery.

„Werde mal sehen, ob ich hier was kaufen kann“, sagte Andrews.

„Gut, hier sind 20 Frank“, sagte Slippery und gab Andrews einen Schein. Christfield folgte Andrews die Treppe hinunter. Als sie den Durchgang am Treppende erreicht hatten, legte er seine Hand auf Andrews' Schulter und flüsterte: „Sag, Andy, glaubst du, daß was mit 'ner Revolution los ist? Habe noch nie daran gedacht, daß man gegen das System angehen kann.“

„In Rußland haben sie es ja getan.“

„Dann wären wir ja frei, Andy, wie vor dem Kriege! Aber das ist nicht möglich, Andy, das ist nicht möglich, Andy.“

„Wollen sehen“, sagte Andrews, als er die Tür zur Bar öffnete. Er ging aufgeregt zu dem Chink hinüber, der hinter einer Reihe von Flaschen in der Bar saß.

„Was ist los?“

„Wo?“ sagte der.

„Am Ostbahnhof, wo sie Barrikaden errichtet haben.“

„Barrikaden?“ rief ein junger Mann in einem roten Mittel, der an einem Tisch saß und trank. „Die haben ja nur einige eiserne Bitter heruntergerissen; wenn Sie das Barrikaden nennen! Aber es sind ja Feiglinge. Wenn die Stops kommen, laufen sie. Dreißige Feiglinge.“

„Glauben Sie, daß was geschehen wird?“

„Was kann denn geschehen mit diesem Rudel dreißiger Feiglinge?“

„Was halten Sie davon?“ sagte Andrews und wandte sich an den Chink. Der Chink schüttelte den Kopf ohne zu antworten. Andrews ging hinaus. Als er zurückkam, fand er Al und Christfield allein im Zimmer. Christfield ging auf und ab und biß sich die Fingernägel. Auf der Wand gegenüber dem Fenster lag ein rechteckiger Sonnenfleck, der von der gegenüberliegenden Wand des Hofes reflektiert war.

„Um Gottes willen, Chris, mach“, daß du fortkommst. Ich werd's schon allein schaffen“, sagte Al gerade mit schwacher Stimme. Sein Gesicht war vor Schmerz verzogen.

„Was ist los?“ rief Andrews und legte ein großes Paket nieder.

„Slippery hat die Militärpolizei hier in der Nähe herumlungern sehen.“

„Großer Gott!“

„Die anderen sind weg...“

„Al ist zu krank... Al, ich bleibe bei dir.“

„Rein, wenn du 'ne Stelle weißt, wo du hintanfst, Chris, mach“, daß du fortkommst. Ich bleibe hier bei Al und spreche französisch mit der Militärpolizei, wenn sie kommt. Wir werden die schon an der Nase herumführen.“

Andrews fühlte sich plötzlich sehr froh und glücklich.

„Wirklich, bei Gott, Andy, ich würde bleiben, wenn dieser Sergeant nicht darum wüßte“, sagte Christfield frampfhaft.

„Mach“, daß du davontommst, Chris. Es ist vielleicht keine Zeit mehr zu verlieren.“

„Auf Wiedersehen, Andy!“

Christfield schlüpfte aus der Tür.

„Komisch, Al“, sagte Andrews und setzte sich auf das Bettende und packte das Essen aus. „Ich habe überhaupt keine Angst mehr. Ich denke, ich habe mich von der Armee befreit. Al, wie geht's deiner Hand?“

„Weiß nicht. O, jetzt wünschte ich in Coblenz zu sein.“

„Ich bringe es nicht zustande, gegen die ganze Welt anzugehen. Wenn doch Dan mit uns wäre... Komisch, daß du Dan kennst...“

Der würde Tausende von Ideen haben, um aus dieser Klemme rauszukommen. Aber ich bin froh, daß er nicht hier ist. Er würde mich ausschimpfen, weil ich mich so benommen habe. 'n mächtig ehrgeiziger Kerl, Dan.“

„In der Armee, Al, da hat ein anständiger Mensch nichts

zu suchen“, sagte Andrews langsam. Dann schwiegen sie. Im Hofe war kein Laut zu hören. Nur ganz weit in der Ferne das Geklapper von Hufen über Pflastersteinen. Der Himmel hatte sich bedeckt und das Zimmer war dunkel. Das Licht aus dem Hofe hatte grünlischen Schein, der ihre Gesichter blaß und tot aussehen ließ, wie die Gesichter von Männern, die lange zwischen nassen Gefängnismauern eingeschlossen waren.

„Und Fuselli hatte ein Mädchen, das Mabe hieß“, sagte Andrews.

„D, die hat einen von der Marine geheiratet. Sie haben 'ne große Hochzeit gemacht“, erzählte Al.

4.

„Endlich erreiche ich Sie!“

John Andrews hatte Genevieve auf einer Bank im Garten unter einer Laube von Wein entdeckt. Ihr Haar schien hell in der Sonne, als sie aufstand. Sie streckte ihm beide Hände entgegen.

„Wie gut Sie so ausschauen!“ rief sie.

Jetzt fühlte er nur noch ihre Hände in den seinen, und ihre hellblauen Augen und die hellen Sonnenflecken und die grünen Schatten, die um sie herum tanzten.

„So, Sie sind aus dem Gefängnis heraus und demobilisiert! Wie schön! Warum haben Sie nicht geschrieben? Ich war wegen Ihres Schicksals so beunruhigt. Wie haben Sie mich hier ausfindig gemacht?“

„Ihre Mutter erzählte mir, daß Sie hier seien.“

„Und wie gefällt es Ihnen hier?“

Sie machte eine weite, ausladende Bewegung mit der Hand. Einen Augenblick standen sie schweigend Seite an Seite und blickten sich um. Vor ihnen waren große Rosenbüsche, von denen die Blüten unordentlich in Bündeln herunterhingen und dahinter ein großer, grün glänzender Rasen voller Butterblumen, der zu einem alten, grauen Hause hinunterführte, das an dem einen Ende einen runden, breiten Turm hatte. Hinter dem Hause waren große, grüne Pappeln, durch die hindurch fiedeln silbergrauen Wassers und gelber Flußufer schimmerten. Aus der Ferne kam der einschläfernde Geruch gemähten Grases.

„Wie braun Sie sind“, sagte sie wieder. „Ich dachte, ich hätte Sie verloren... Sie könnten mir schon einen Kuß geben, Jean.“

(Fortsetzung folgt.)

Jugend-Vorwärts

Nummer 3 / Freitag, den 27. April 1923

Der „Jugend-Vorwärts“ ist ein Diskussionsorgan der Arbeiter-Jugend und der Jungsozialisten. Es können hier gelegentlich auch Meinungen zum Ausdruck kommen, die dem Standpunkt der Partei nicht vollkommen entsprechen. Die Redaktion trägt daher für den Inhalt dieser Beilage nur die presserechtliche Verantwortung. Redaktion des „Vorwärts“.

Der sozialistische Student und die Partei.

Von Otto Stammer, Leipzig.

Auszug aus einem Vortrag, den Genosse Gustav Dr. Sinaidimer auf der diesjährigen Delegiertenversammlung des Verbandes sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Österreichs in Braunschweig a. M. hielt.

Wenn wir das Verhältnis des sozialistischen Studenten zur Sozialdemokratischen Partei betrachten wollen, so müssen wir zwei Linienfragen unterscheiden, die in einem Gegenstandsverhältnis zueinander stehen. Einmal: „Was bedeutet der sozialistische Student für die Sozialdemokratische Partei?“ und zum zweiten die Umkehrung dieser Fragestellung.

Die erste Frage: für die Sozialdemokratische Partei ist entscheidend und wertvoll der Geist, mit welchem die Studenten ihr nahe treten. Die Partei hat ein Heldenzeitalter gehabt, aber sie hat auch ihre Lebensverklümmung. Genau so wie es Kirchenpfaffenstum gibt, gibt es auch Parteipfaffenstum, an dem eine Bewegung zugrunde gehen kann. Deshalb gilt als erstes für den sozialistischen Studenten, den Geist der Problematik für seine Partei zu wahren, der von lebenserneuernder Bedeutung ist. — Unsere Partei ist in einer Krise — alle Parteien sind in einer Krise, weil die Welt in einer solchen ist — tiefe Depression ist eingetreten, da ein Glaube wandend geworden ist. Sozialist sein heißt heute, eine zusammengebrochene Welt durch eine Summe auseinanderfallender Organisationsakte wieder neuzugestalten. Dazu ist ein Geist der Sachlichkeit notwendig, der im Sinne von Max Weber die Welt als „entzaubert“ aufzufassen vermag und den der Student der Partei bieten muß und kann, da der heutige Typ des Studenten weniger ein Idealist als ein humaner Realist ist. — Als Drittes kommt hinzu der Geist der Ursprünglichkeit, der das Glück der Jugend ist und den der Student im Verein mit den anderen Jugendgenossen in der Partei wachzuhalten fähig ist.

Unsere Partei leidet daran, daß sie kein positives Verhältnis zum Staate hat. Es gilt hier, den notwendigen Schritt zur Politik zu tun. Der Staat allein ist die Form, in der einseitiges Volks- und Bürgerleben möglich geworden ist, seine Befähigung ist eine der wichtigsten Stationen im Klassenkampf. Auch hier kann der Student helfen, indem er mit wissenschaftlichem Geiste in die Bewegung eintritt. Wissenschaftlicher Geist ist nicht nur Fachwissen, ist nicht Spezialistentum, er ist in dem richtigen Sinne synthetischer Geist. Die „Bonzen“ sind in der Partei auch sehr nötig, auf der anderen Seite jedoch steht das große Bedürfnis nach wissenschaftlichem Geiste.

Die zweite Frage, der wir uns zuzuwenden haben, ist: „Was bedeutet die Sozialdemokratische Partei für uns, die sozialistischen Studenten?“ — Der Student von heute ist auf die Partei angewiesen. Dem Sozialismus liegt zugrunde ein bestimmter Kulturtrieb, der vor allem auch den Intellektuellen zur Partei treibt. Es ist durchaus falsch, die Sozialdemokratie nur als Wirtschaftspartei aufzufassen, sie ist im Gegenteil eine Kulturpartei. Der Sozialismus erhofft nur die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine höhere Menschheitskultur. Wir wenden uns an die Partei als einer Kulturpartei. Wie alle sind heute der Lebenslage nach Proletarier geworden. Es war schon immer der Fehler der Sozialdemokratie, daß sie die Politik nur auf die Industriearbeiterschaft eingestellt hat. Diese müssen wohl den Vortrupp der Partei bilden, dem widerspricht jedoch nicht, daß die Partei als Partei der Arbeit im weitesten Sinne aufgefaßt wird, d. h. daß sie gerecht wird auch den besonderen Existenzbedingungen der geistigen Arbeiter.

Wie kommt aber nun der Akademiker in der Partei zu seinem Recht? — Der moderne Klassenkampf wird nicht nur mit Demonstrationen geführt, sondern auch in den Diskussionen der Ausschüsse usw., kurz, er hat eine Vergeistigung erfahren. Die Gegner sind durch geistige Gemadtheit in den Vordergrund gekommen, auch ein sozialistischer Erfolg kann nur zustande kommen, wenn vorher gearbeitet worden ist. Es liegt deshalb auch im Interesse der Partei, geistig geschulte Kräfte zu haben.

Wenn nun die Akademiker sich heute in der Partei als ausgeschaltet betrachten, dann sind nur sie selbst daran schuld. Denn nicht akademisches Wissen allein öffnet alle Türen, sondern in Verbindung mit dem Parteikampfe wächst der wertvolle Mensch für die Partei. Die Akademiker sollen als lernende Kräfte in die Partei kommen. Sie sollen nicht eine Rolle spielen wollen, nicht im Gewande des Strebens auftreten, nicht mit leeren Redensarten kommen, sondern als Könnende. Der sozialistische Student muß den besten Studententypus darstellen!

Wenn sich so heute finden, die Partei und der Intellektuelle, dann wird eine neue Epoche der Arbeiterbewegung beginnen. Die Partei braucht den Intellektuellen und der Intellektuelle die Partei!

Die Jungsozialisten in Hofgeismar.

Von Walter Spengler.

Hofgeismar ist ein kleines Städtchen oberhalb Kassel. Mit seiner Gotik und seinen Dragonern fiele es nicht einmal im milden Hessenlande auf, wäre da nicht die landwirtschaftliche Winterschule, in der es von Zeit zu Zeit recht lebendig zugeht. Um es gleich zu sagen: sie ist die Tagungsstätte deutscher Jugendbewegung geworden und bei den Jungen in allen Gauen Deutschlands zumindest dem Namen nach bekannt. Hier trafen sich im Sommer des Jahres 1920 die Freideutschen und beschlossen ihren Auf- und Abzug, hier rangen die Jungsozialisten mit ihrer Alma de Magies und ihren Problemen, und hier trafen sich denn auch in diesen Ostertagen deutsche Jungsozialisten, um über die Dinge zu sprechen, die heute gerade den Sozialisten auf den Nägeln brennen: Volk, Staat, Nation, Menschheit.

Karl Brüger, Adbruch, Alma de Magies, Einzheimer, Heilmann, Professor Ratorp sah man im Kreise junger Menschen aus allen Teilen des Reiches.

Es wäre verlockend zu erzählen von den schönen Abenden im Park, der sich an das Tagungsheim anschließt, von den hohen Stunden am Osterfeuer, von den Fahrten ins schöne Hessenland. Wir müssen uns auf das Wesentliche beschränken. . . .

Verjucht soll nur werden, die große Dämie festzuhalten, die sich durch alle Vorträge und Diskussionen zog.

Einig war man sich in der freudigen Bejahung des Staates, einig war man sich in der Erkenntnis, daß es noch immer gilt, um die Seele des deutschen Volkes zu ringen, einig war man sich in dem Willen zum deutschen Wesen und zu deutschen Aufgaben. Daß man Einzelheiten kritisierte, daß weidlich auf den Parlamentarismus geschimpft wurde, spielt dabei keine Rolle.

Die Wege liefen erst auseinander bei der Erörterung internationaler Fragen. Hier schwebte Goethes Wort über den Geistern: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Die Enttäuschungen sind zu groß, als daß sie an diesen jungen Menschen vorübergehen könnten. „Was scheren uns die Beschlüsse der Führer der einzelnen Länder untereinander, was scheren uns ihre Proteste und Resolutionen, wenn ihre Anhänger nicht bereit sind, auch nur das Geringste für uns tun . . .“ sprach ein Bergmann aus Hamm und man verstand ihn. Man will die Menschheit, man will die Internationale als Ziel wohl, aber man sieht dieses Ziel noch so in des Rebels Dichte, daß man sich dem zumendet, das Hand und Fuß hat: dem Volke, dem Staate, der Nation.

Und noch einmal prallten die Meinungen auseinander. Unbedingter Pazifismus auf der einen, bedingte Friedensfreundschaft auf der anderen Seite, standen sich gegenüber.

Osterroth erklärte: Es kann die Stunde kommen, da steht die nüchterne Frage vor uns: Welche Schuld von beiden wollt ihr auf Euch nehmen, die des Untergangs der Nation oder die der Gewaltanwendung um der Nation, um des Volkes willen? Meine und meiner Freunde Antwort wird sein: wir wollen für Deutschland sterben!

Brüger unterstrich diese Auffassung, während ihr Professor Ratorp entgegentrat und sich auf den Standpunkt stellte, daß letztes Ziel eines jeden Volkes die Menschheit sein müsse und man um der Menschheit willen das Volk untergehen lassen solle.

Die praktischen Aufgaben formulierte Einzheimer in einem hinreißenden Vortrag über die Politik im neuen Staate. Befähigung des Staates, hingebende Arbeit für ihn und tiefer Glaube an das Volk war das Leitmotiv des ersten Teiles seines Vortrages. Im weiteren rief er die junge Generation auf zu neuem Glauben an den Sozialismus, wenn auch nicht an den marxistischen.

Erfüllt man hundert neuen Anregungen trennte man sich am Sonnabend nach Ostern voneinander. Als zum Abschied das Lied: „Brüder in eins nun die Hände“ erklang, sah sich alles bei den Händen — ein gutes Symbol für die Zukunft.

Gefährdete Bildungsarbeit.

Von Dr. Rudolf Buchmann.

Vor einiger Zeit ist in Deutschland etwas ganz Unerhörtes fast völlig unbeachtet von der öffentlichen Aufmerksamkeit geschehen, dabei aber doch von einer Folgeschwere für die Zukunft, wie sie drückender kaum für die nächste Generation gedacht werden kann — das sind die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates über das Arbeitszeitgesetz, durch welche alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 und 18 Jahren ausgeschlossen werden von jeder Bildungsarbeit, Teilnahme an Vorträgen, Sport, Volkshochschulen, Musik und Theater, kurz von allem, was Geisteskultur ist, und nicht zuletzt von jedem Eigenleben, wie es sich in den Jugendgruppen in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat.

Dies ergibt sich daraus, daß der vom Reichswirtschaftsrat umgeänderte Regierungsentwurf des Arbeitszeitgesetzes nicht nur den Achtstundentag für Bekehrte und Jugendliche (ungelernte) Arbeiter zu einer 54-Stunden-Woche grundsätzlich umgestaltet, sondern außerdem bestimmt, daß die Arbeitspausen (Frühstück) und insbesondere die Arbeitsbereitschaft nicht in die Arbeitszeit einzurechnen sind.

Denkt man daran, daß die Entwicklungsjahre diejenige Zeit sind, da das selbständige Gefühls- und Gedankenleben sich entfalten sollte, so erkennt man, daß dazu bei einem Zehnstundentag stummer eintöniger Arbeit und dem dazutretenden Zeitverlust auf die Arbeitswege kein Raum bleibt, und bei der größeren Ermüdbarkeit des Jugendlichen und der körperlichen Schwächlichkeit — infolge der heutigen Ernährungsverhältnisse der untersten Volksschichten — für die allerwenigsten dieser Jugendlichen es möglich sein wird, abends in der ihnen verbleibenden halben bis einen Stunde vor dem Schlafengehen nach einem Buche greifen. Wir werden da eine Generation bekommen, in der alles innere Leben verflüchtigt wird und die dann als Erwachsene auch nicht das geringste Verständnis für kulturelle Güter wahr haben können, daneben an Rohheits- und Leibeschaftsvergehen ein bedeutendes Kontingent leisten dürfte. Wenn auch eine Produktionssteigerung unbedingt notwendig ist: durch die jugendlichen und Bekehrte ist sie nicht so bedeutend. Hier ist der wirtschaftliche Utilitarismus überspannt worden.

Warum aber wehren wir uns nicht dagegen, wir Jungen? Sind wir zu schwach dazu? Sind wir wirklich zu schwach dazu?

Wir lassen neu die Fahrten steigen.

Von einem Jungsozialisten.

Am Potsdamer Platz verkaufen die Frauen erste Frühlingsschmucke. Jemandwo spielen Knaben Fußball. — irgendwo riecht es nach Frühling! Wir lassen neu die Fahrten steigen!

Männer tramt mit die Fahrtenmappe raus. Aus Büchern und Papier, aus einer verhassten Ede. Photographien, Pflanzblumen, Aufzüge, Skizzen, Spielregeln — — — dunt liegt das durcheinander. Dies soll herausgenommen sein:

„Am Vorfrühling, wenn man sich draußen noch nicht lagern kann, ist es gut, den Fahrten außer dem Inhalt, den sie durch sich schon haben, noch einen besonderen zu geben. Riesigen Spaß machte uns das „Schähe suchen“.“

Einer legt einen Gegenstand (Buch, Trinkbecher, Zeichnung usw.) an einen Ort in Watte oder sonstwo nieder. Zwei Horde werden gebildet, die von verschiedenen Stellen aus auf die Suche gehen. Jede Horde hat einen Teil eines Briefes, aus dem sich schwer erkennbar ergibt, wo der Schatz zu finden ist. (Kartennhelfer, Nähe eines bekannten Baumes usw.) Der Brief muß vorher von einem äußerst geschickten Genossen geschrieben sein. Er wird dann zerrissen und jede Horde bekommt einen Teil davon. Aus beiden Teilen muß, wenn die Suchenden eingeschickt sind, der genaue Ort des Schatzes zu erfahren sein. Treffen sich die Horde — und auch das müssen sie noch nebenbei versuchen —, so ergibt sich aus dem

nun vollständigen Brief der Ort wesentlich genauer, aber immerhin noch nicht so genau, daß man gar nicht mehr zu suchen braucht. — — —

Ein anderes Spiel, zu dem Verstandeshärte, vielleicht noch mehr als beim vorhergehenden, gehört: Zwei oder drei Genossen müssen in einer genau bestimmten Zeit einen bestimmten Ort erreichen, ohne abgefangen zu werden. Die Verfolger gehen später ab und zwar möglichst von einem anderen Orte als die Verfolgten. Läßt es sich durchführen, dann gehen die Verfolger zu gleicher Zeit von dem Orte ab, den die Verfolgten erreichen müssen. Bei der letzteren Art müssen aber noch besondere Abmachungen getroffen werden, damit die Verfolger nicht zu leichtes Spiel haben. Hier entscheiden örtliche Verhältnisse. Das Abfangen der Verfolgten muß in der Regel in der Form von Ueberfällen geschehen, da das bloße Bewahrdwerden der Verfolgten noch nicht ihre Gefangennahme bedeutet. Gefangen ist ein Verfolgter, wenn er zwei Schläge auf den Rücken erhält. Die Verfolger mögen beachten: Lieber einen fangen und richtig, als alle zu fangen versuchen und gar keinen bekommen. Ein guter Führer wird not tun. Für alle Spieler gilt: Ehrlich sein. In bezug auf die Zeit des Abgehens und der Angabe der Zeit, zu der man eventuell am bestimmten Orte angekommen ist. Kommt man mit Verpützung an, so hat zwar keine Partei direkt gewonnen, jedoch haben die Verfolger einen Erfolg insofern, als sie die genaue Ankunft verhindert haben.

Ein anderes Spiel ist die Schnigel- oder Fuchsjagd, die ja allen, zumindest den Führern, bekannt ist. Was hier gesagt wurde, sind Anregungen, mehr soll es nicht sein.

Die Freideutsche Jugendbewegung. Ursprung und Zukunft. Herausgegeben von Adolf Grabowsky und Walter Koch. (Verlag: Friedr. Andreas Perthes in Gotha.) Eine Reihe sehr lehrreicher Aufsätze von führenden Menschen aus dem Kreise der freideutschen Bewegung. Es wird kurz, aber dennoch mit nur wenigen Ausnahmen recht positiv Stellung genommen zu den dringendsten Problemen kultureller und sozialer Erneuerung. Das Heft gibt gewisse Möglichkeiten, Inhalt und Tiefe der Bewegung von heute zu messen, bestätigt andererseits die Tatsache, daß trotz des gelungenen Versuches, die grundsätzlichen Fragen von Menschen auf möglichst zentraler Einstellung behandeln zu lassen, die Bewegung heute weniger denn je zu abschließenden Ergebnissen kommt. Wenn im Vorwort frisch erklärt wird, daß sie deswegen „wirkliche“ Bewegung sei, so vermag ich leider keine Spur „wesentlicher Kraft“ darin zu erblicken, sondern im Gegenteil ein großes Moment der Schwäche, durch die die Bewegung den ersten Schlag im Kampfe um die Kulturerneuerung längst nicht mehr zu behaupten vermöge. Es seien besonders genannt: 1. Ein sehr fleißigender Versuch, das religiöse Problem zu klären, von Paul Lillich. — 2. Eine mutige Attacke für gründliche Revolution des Unterrichts, von Schul-Hende. — 3. Ein Beitrag von Franz Sachs „Das Verhältnis der Geschlechter“. Sah für Sah möchte ich ins Stammbuch schreiben jenen Mädels, die sich aus totaler Mißhersehen des Befreiungskampfes der Frauenbewegung von den letzten schätzenswerten weiblichen Eigenschaften emanzipieren und alle in der Entwicklung zum hehren Frauentum begriffenen Anlagen abtöten, aber auch jenen ewigen Jünglingen, die aus Furcht vor Entscheidungen an der grandiosen Raivität hängen, die Geschlechterfrage auf „jugendliche“ Weise lösen zu können. — 4. Eine Abhandlung von Hsarrer Memmle über „Jugend und Sozialismus“, die der schon oft vertretene Ueberzeugung nahekommt, daß der Sozialismus und die Jugendbewegung in so mannigfachen Forderungen und Zielen übereinstimmen, daß ein Kampf Schulter an Schulter zu ermöglichen sein muß. Diese frohe Hoffnung wird einigermaßen durch das Schlüsselwort Grabowskys getrübt, der in lächerlichem Apopteleifer die Bewegung der Freideutschen als einzige Vorwärtsbewegung der Jugend bezeichnet und scheinbar für die Tatsache blind ist, daß sie an Aktivität im kulturellen Kampfe von anderen Bewegungen der Jugend überholt wird. — Kann sich die Bewegung nicht zu einem engen Zusammenwirken mit den jungen Kräften des Sozialismus und zur Aktivität im politischen Leben verstehen, sondern begnügt sie sich mit der Pflege von Knechtchen und Haarhaupf, so wird ihre Zukunft allenfalls in den Händen von Kabarettkünstlern und Bildblattzeichnern, nimmer aber auf dem Felde des Kampfes um Weltanschaungen liegen. R. R.

„Das Volkslied für Heim und Wanderung“. 2. Auflage. Arbeiterjugendverlag. Mit herzlich Freude begrüßen wir in neuer Form eine alte, liebe Gabe, die Hermann Böse, der ausgezeichnete Bremer Musiker, vor 12 Jahren der Arbeiterjugend überreicht hatte. Das Büchlein war vergriffen und wohl auch in mancher Hinsicht einer Revision bedürftig. Die neue Ausgabe teilt den Rezensenten sehr zweckmäßig ein, streicht manche Kunstfehler, die allzu kompliziert für Lautenbegleitung waren, und bringt dafür andere, darunter auch jene neuen Arbeiterlieder, die in den letzten Jahren überall erklingen, wo das „Frei Heil“ der WJ erklingt. Die liebevolle Ausgestaltung des Büchleins, die gute Auswahl aus der unübersehbaren Fülle unserer Volksweisen und volkstümlichen Lieder, die kurzen und doch prägnanten Angaben über Entstehungszelt und -ort von Wort und Ton sind gleich hervorragend. Für ein guter Kenner der Volksmusik, der zugleich die Seele unserer Jugend und ihre Singlust kennt, kann diese Arbeit leisten. Vielleicht wäre es besser, wenn der Herausgeber mehr allgemeine Vortragsbezeichnungen über die einzelnen Lieder setzte. Kein musikalischer Mensch wird natürlich die „Lorelei“ in „Lottien“ Tempo vortragen. Aber wenn über dem fast 300 Jahr alten „Schnitter Tod“ etwa stünde: „Langsam und mächtig“, so wäre die Seele des Singenden, der ja meist keine Stillenkenntnis hat, von Anfang an klarer auf den Sinn des Vortrages eingestellt. Auch Textrevisionen bei schlechten Versen (meist Nachdichtungen) wäre zu erstreben, während die Uebernahme guter Neudichtungen zu allen, für unsere Arbeiterjugend nicht geeigneten Gebilden sorgfamer als bisher zu pflegen wäre. Das Bestreben, die der Notenschrift und Formenschrift Unkundigen — das sind ja, dank unserer schlechten Volksschulbildung auf dem Gebiete der Musik die weitaus meisten derer, für die das Büchlein bestimmt ist — über Lautenbegleitung und die geeigneten Harmonien zu informieren, hat den Herausgeber zu einer neuen Form der Bezeichnungen von Tönen und Akkorden durch Buchstaben und Zahlen geführt. Ich habe, obwohl Böse sich darauf beruft, daß er die praktische Verwendbarkeit bei Arbeiterinnen erprobt hätte, große Bedenken gegen diese neue, komplizierte Geheimschrift. Aber vielleicht täusche ich mich über die Fähigkeit der singenden und zupfenden Jugend. Sie allein wird entscheiden, ob es dem Herausgeber gelungen ist, auf 6 knappen Druckseiten das klar und einbeutig zu lehren, wozu man bisher sehr intensives Arbeit und viel Zeit brauchte: die Kenntnis der Notenschrift, das Verständnis der Harmonien und die praktische Anwendung.

Aber diese Bemerkungen wollen weniger Kritik bedeuten, als Anregungen für die weitere Entwicklung sein. Je mehr das Büchlein vermerbt wird, um so mehr Erfahrungen werden herausgegeben und Verlag gewinnen. Mögen diese Zeilen dazu dienen, daß recht zahlreiche Bestellungen auf diese wertvolle Bereicherung unserer Volksliederbücher erfolgen. Dr. Alfred Gutmann.

Arbeitersport.

Der Arbeiter-Schwimmverein... Freie Turnerschaft... Tennis- und Oberverein...

Berlin N. 26. Kriegerstr. 13. Käthe Wilkenroth. Freie Turnerschaft...

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 26. April. 1. Rennen. 1. Laff (v. Reiter)...

6. Rennen. 1. Wilma (Kranke), 2. Wolcome Witz (Edler)...

PETERS UNION Fahrradreifen erfüllen alle Wünsche

ATA Putzmittel Henkel's Duks- und Scheuerepulver für Haushalt, Gewerbe und Industrie unentbehrlich.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus, Volkshaus, Schauspielhaus, Komödienhaus, Berliner Th., etc.

Deutsche Bank

Bezugsangebot auf M. 200000000 neue Aktien. Die außerordentliche Generalversammlung...

Deutsche Bank

Bankhaus C. G. Trinks, Essen, Frankfurt a. M., etc.

Ortskrankenkasse für den Buchdruckergewerbe zu Berlin.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Arbeitsministers...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz Berlin N. 54, Luisenstraße 83/85.

Reifen- und Felgen-Vertriebs-Gesellschaft

Sonntag, den 29. April, vorm. 10 Uhr. im Hotel von Sachse...

zur Generalversammlung!

Die Zustimmung der Legitimationskarten...

Möbel

gegen bar u. Teilzahlung noch preiswert. Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer...

Bekleidung

Reizhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge...

Reifen- und Felgen-Vertriebs-Gesellschaft

Sonntag, den 29. April, vorm. 10 Uhr. im Hotel von Sachse...

Möbel

Reifenbetten 30 000, Chaiselongues 40 000, etc.

Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klaviermacher Hof, Brandenburgerstr. 25.

Fahrräder

Vrennabreitäder, Vitorioräder, etc.

Kaufgesuche

Wohn- und deutsche Teppiche, etc.

Werkzeuge u. Maschinen

Rugellager höchsthohe Oberhöhe 45, etc.

Autozubehör

Wasserpumpen, alte und neue, etc.

Werkzeuge u. Maschinen

Rugellager höchsthohe Oberhöhe 45, etc.

Vermietungen

Wohnung, beaufschlagt, sehr schön, etc.

Arbeitsmarkt

Wächter für leichten Dienst gesucht, etc.

Stellenangebote

Wachmädchen, mehrere erzie für Kinder, etc.

Vorwärts-Austrägerinnen

werden sofort eingekauft, etc.